

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Havliczkova n. 32.

I : 196.
II : 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Samstag, 8. März 1924.

Nr. 58.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kt 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retormarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Der Prozeß der Nationalsozialisten.

Nun steht sie euch einmal gründlich an, die Leute, Führer und Machter des sogenannten Nationalsozialismus, die auch von unseren Deutschgelben als Propheten, Heilande und Messias, als das Licht, das dem deutschen Volke in dunkler Not erschienen ist, gepriesen wurden! In München stehen sie vor den Schranken des Gerichtes, da könnt ihr sie hüllenlos, entkleidet der Toga, die ihnen die Vorniertheit und Lüge gewoben, in ihrer nackten Erbärmlichkeit schauen! Besonders jene Proletarier, die in kranker, verworrenere Zeit in ihrem Vertrauen zum Sozialismus irre geworden sind und die sich durch die tönenden Phrasen der nationalsozialistischen Fakenkreuzler betören ließen, in dem Glauben, es schließlich auch hier mit einer Arbeiterpartei zu tun zu haben, die zudem den agitatorischen Vorteil für sich hatte, daß sie rasche und sichere Hilfe gegen alle wirtschaftliche, nationale und politische Not versprach, denn sie wollten handeln, in der Tat und nicht bloß mit der Waffe des Wortes. — besonders also diese irreführten und verblendeten Proletarier — sollten jetzt Augen und Ohren offen halten, um an dem Münchener Hochverratsprozeß zu erkennen, wohin sie sich führen ließen! Wessen Gehirn nicht hoffnungslos vernagelt ist, wird sich die Augen verwundert reiben und fragen: das also sind die Wege, die zu gehen uns die Jung, Knirsch, Krebs und Karg geraten haben?! Dieser Münchener stinkende Saustall — ist das der Höhen- und Heroentempel des deutschen Nationalsozialismus, in dem wir in Undacht versinken sollten?! Diese hysterischen, unwissenden, kindlich-hamarbarisierenden Tröpfe einerseits, die abenteuernden Landkäsechnaturen andererseits: sehen so die Retter Deutschlands aus?! Muß nicht jeder, der sich einreden ließ, diese Gesellschaft von „nationalsozialistischen“ Adioten und Jahrmarktschreibern werde das deutsche Volk neuen „herrlichen Zeiten entgegenführen“, sich über diese Verblendung in tiefster Seele schämen!

Verachtet euch vor allem die Anklagebank! Die Personen, die weenen Hochverrats, begangen an der deutschen Republik, plakatenommen haben, sie waren die eigentlichen Führer und Abgötter der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei!“ Die nationalsozialistischen „Arbeiter“ sehen so aus! Da ist Hitler, die Brimadonna, der sich „Schriftsteller“ nennt, in Wirklichkeit ein eiserer Gock und Schwabkopf ist, der ständig den Beweis zu erbringen sucht, daß er einiges gelesen, aber nichts verband hat. Weiters Ludendorff, General der Infanterie, Pöchner, der in seinem Verus Oberlandesgerichtsrat ist, Oberamtmann Dr. Fried, dann der Tierarzt Dr. Weber, der Hauptmann A. D. Köhm, der Oberleutnant A. D. Brüdner, der Leutnant Wagner, der Oberleutnant A. D. Kriebel und schließlich der Oberleutnant A. D. Fernet. Eine prächtige Galerie nationalsozialistischer „Arbeiter!“ In Wirklichkeit lauter Leute, die nie in ihrem Leben mit ehrlich schaffender Arbeit das geringste zu tun hatten. Ihre einzige Verührung mit dem Volke bestand in den „Merken“ von Soldaten, die ihnen als sie selber noch „aktiv“ waren, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren. Fast lauter Schiffbrüchige der großen Weltkatasrophe des Krieges, die das menschenmordende Sandwerk ernährte, die aber, als sie aus dieser Bahn geschleudert wurden, nicht die sittliche Kraft, nicht den ehelichen Willen zur Arbeit, und nicht den moralischen Boden unter sich fanden, einen zivil-n Verus zu ergreifen und zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu werden. Parasiten, die sich von der Republik süßern ließen, die sie zum Danke dafür zu unterminieren suchten. Condottieri, Lanzknechte, die zu Abenteurern geworden, nicht glauben wollen, daß der Krieg zu Ende ist, die ihn auf eigene Faust weiterführen, den Krieg gegen

Der Hitler-Prozeß.

Zeugenverhöre. — Rahr und Loffow Opfer des Hitler-Terrors?

München, 7. März. (Eigenbericht.) Im Hitlerprozeß kam es nach den gestrigen schweren Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft heute doch zur Weiterführung der Verhandlungen. Die Verteidigung gab zu Beginn der Tagung eine längere Entschuldigungserklärung ab, in der sie ausdrücklich betont, daß es ihr vollkommen fern gelegen habe, den Staatsanwalt irgendwie anzugreifen. Es findet im Laufe des heutigen Tages die Vernehmung zahlloser militärischer und ziviler Zeugen statt, die widersprechende Aussagen über die Vorgänge am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller machten. Einzelne Zeugen werden von der Verteidigung energig ins Kreuzverhör genommen. Ein Teil der Zeugen äußert sich zugunsten der Angeklagten, ein anderer Teil sagt aus, daß nach ihrem Eindruck Rahr und

Loffow offensichtlich unter dem Zwange und unter dem bewaffneten Druck der Hitlerleute gehandelt haben. Da alle diese Zeugenaussagen mehr oder weniger subjektiver Natur sind und nur subjektive Urteile über die Vorgänge geben, sind sie für den weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht von großer Wichtigkeit. Zu keinem dramatischen Zusammenstoß kommt es anlässlich der vereidigten Aussage des Reichswehrleitnants Braun, dem von der Verteidigung und einigen Angeklagten vor einigen Tagen vorgeworfen wurde, daß er der Schuldige am Blutbad des 9. November sei. Das ganze politische Interesse richtet sich auf die Vernehmung Rahr's und Loffow's, die, soweit sich bei dem schleppenden Gang des Prozesses vorhersehen läßt, am Montag eintreffen dürfte.

Poincaré will keinen Krieg.

Er will aber Deutschlands Anjon an der Ruhr weiter bleiben.

Paris, 7. März. (Havas.) In Erwiderung auf die Interpellationen über die Innenpolitik in der Kammer legte Ministerpräsident Poincaré seine politischen Ansichten dar, welche immer die gleichen geblieben sind. Poincaré hat vor allem die Verteidigung der republikanischen Einrichtungen und die Anwendung der Gesetze über die religiösen Kongregationen sowie die Zulassung von Missionärskongregationen im Auge. Die Regierung will weder der Gefangenen der Rechten noch der äußersten Linken sein. Poincaré dankt der Kammer für die Unterstützung, die sie der Regierung gewährt hat. Obwohl Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, habe die Kammer die Rekonstruktion der verwüsteten Gebiete durch Bau von 600.000 Häusern, 20.000 Fabriken, 4500 Kilometer Eisenbahn und 1450 Kilometer Kanäle ermöglicht.

Poincaré gedenkt der Abstimmung über das Gesetz über die 18monatliche Militärdienstpflicht zur Sicherung der Landesverteidigung und erklärt: Wir wollen keinen Krieg und Frankreich hat keine Angriffsabsichten. Solange wir nicht sicher sind, daß niemand den Krieg will, müssen wir einen angemessenen Defensivstand aufrechterhalten. Das republikanische Frankreich ist stolz auf die fünfzig dem Wohle

der Nation geweihten Jahre und denkt nicht daran, sich in die Politik der Nachbarn einzumischen.

Wenn die Sowjetregierung im Januar nicht anerkannt wurde, fährt Poincaré fort, so ist das nicht die Folge deren Regierungsform, sondern die Nichtanerkennung der Schulden. Die Regierung will denjenigen in den Weg treten, welche an die Propagierung des Gedankens der allgemeinen Revolution denken. Die Regierung braucht niemand zu fürchten, weder die Angriffe der Monarchisten, noch die Diktatur, noch das Sowjetregime. Start vor dem Kriege ist die französische Republik durch den Sieg noch stärker. Redner betont besonders, daß er nicht wolle, daß aus seinen Worten die Beurteilung der ausländischen Monarchien abgeleitet werde. Jedes Land hat den Willen, sich seine Regierungsform zu wählen. In Verantwortung von Juraßen der äußersten Linken fügt Poincaré hinzu: Ebenso Rußland! Wenn aber unser Land der freien Demokratie den Vorrang gibt, achtet und bewundert sie dabei die befreundeten und verbündeten Herrscher, die im Kriege ihr Land auf dem Wege der Ehre geführt haben.

Der Sturz des Kalifats.

Das Ende des türkischen Feudalismus.

Das Ende des Krieges hat in den besiegten Ländern überall zum Sturze der Dynastien geführt: In Rußland haben die Romanows, in Deutschland die Hohenzollern, in Oesterreich die Habsburger zu regieren aufgehört, in Bulgarien ist der König davongeflohen worden, vor wenigen Wochen hat auch der griechische Herrscher sich von seinen „Untertanen“ verabschiedet und augenblicklich hat das Oberhaupt der Türken die jahrhundertlange Residenz des Kalifats, Konstantinopel, verlassen und sich in die Schweiz begeben.

Die Tat der türkischen Nationalversammlung hat aber nicht nur eine politische Bedeutung, denn mit dem Sultanat, der weltlichen Herrschaft der Dynastie Osman war das Kalifat, die religiöse Herrschaft über die Befehrer des Islams auf der ganzen Welt, verbunden. Die Vertreibung Abduls Mehids wirkt also über das türkische Reich weit hinaus: die Gesamtheit der Mohammedaner ist ihres geistlichen Oberhauptes beraubt.

Das Kalifat, nach mohammedanischen Begriffen die Stellvertretung Mohammeds des Propheten auf Erden, war seit dem Aufkommen des Islams bei den Arabern, bis es im zehnten Jahrhundert an Aegypten und 1517 an das damals mächtige Volk unter den Befehlern des Islams, die Türken, fiel. Ueber 400 Jahre war also das politische Oberhaupt der Türkei zugleich das geistliche Oberhaupt aller mohammedanischen Völker. Als das Kalifat den Türken zufiel, waren diese auf dem Gipfel ihrer Macht. Als einem verhältnismäßig kleinen nomadischen Volke war es ihnen gelungen, zunächst von den Bergen Armeniens aus die Täler Vorderasiens zu erobern, 1453 mit der Besetzung von Konstantinopel auf dem europäischen Kontinent festen Fuß zu fassen, sich in weniger als einem halben Jahrhundert die ganze Balkanhalbinsel zu unterwerfen und zweimal den Versuch zu machen, bis gegen Wien vorzustoßen (1529 und 1683) und die gesamte westeuropäische Kultur zu bedrohen. Seit dem achtzehnten Jahrhundert ging aber die Macht des Reiches zurück und vollends schränkte der Befreiungskampf der auf der Balkanhalbinsel lebenden slawischen Nationen und der Griechen im neunzehnten Jahrhundert den Umfang des Reiches in Europa immer mehr ein, bis der Balkankrieg von 1912 die Oberhoheit des türkischen Reiches in Europa auf die Umgebung von Konstantinopel beschränkte und am Ende des Weltkrieges sogar der Versuch gemacht wurde, die Türkei aus Europa völlig zu vertreiben, was freilich nicht gelang. Im Frieden von Lausanne im vorigen Jahre mußte den Türken die Oberhoheit über das kleine Stück Land, das ihnen in Europa geblieben ist, wieder gegeben werden.

die Bürger des eigenen Landes und gegen den Staat selbst. Das maßte sich an, den Staat nach seinem Belieben und seiner Frochperspektive lenken zu wollen, das wollte Deutschlands „Erneuerung“ durchführen! Im Augenblick der höchsten Bedrängnis Deutschlands wollten diese freibeuternden Marodeure ihre Banden zum Sturze der „Judenregierung“ gegen Berlin führen und Deutschlands Volk in einen blutigen Bürgerkrieg verstricken: das war ihre Liebe zum Vaterlande, das ihr „Nationalismus“ und ihr „Sozialismus“! Es ist der Geist dieses Nationalismus, der Deutschland zu Grunde gerichtet hat und der in der Person der Münchener Fakenkreuzhauptide auf der Anklagebank sitzt.

Für die verführten Arbeiter, welche im Nationalsozialismus auch eine proletarische Klassenpartei zu sehen glaubten, wird aber noch die Verantwortung einer anderen Frage von Nutzen sein: wer steht und stand hinter den abgetakelten Offizieren, die jetzt die Anklagebank zieren? Wer gab die Gelder für die Bewaffnung ihrer nationalsozialistischen Banden, für die Finanzierung ihres hochverräterischen Unternehmens her? Noch wurde im Prozesse diese Frage nicht berührt, obwohl die Antwort darauf zur Erklärung des Wesens und Charakters dieser Vernehmung sehr wertvoll wäre und zeigen würde, wer und

welche Elemente an den nationalsozialistischen Konspirationen Interesse haben. Und es war nicht wenig Geld, welches die nationalsozialistische Soldatenpielerei aufbrauchte! Gewehre, Revolver, Maschinengewehre, Uniformen, Munition, Autos, Verpflegung, Pferde und aller Klumpen, der damit zusammenhängt — ist jemand von so holder Einfalt, zu glauben, daß die Kosten dafür von Arbeiterkreuzern bestritten wurden? O doch, es waren Arbeiterkreuzer, aber nicht solche, welche freiwillig von den nationalsozialistischen Anhängern beigeleitet wurden, sondern Arbeiterkreuzer, von anderen aus den Taschen der Arbeiter hervorgeholt. Arbeiterkreuzer, durch Mehrwert, Wucher und Ausbeutung gewonnen! Die Finanzierung der Hitlerischen Putzbanditen hat Millionen verschlungen, die ohne Zweifel aus sehr vielen Kassenströmen flossen, aus den festeren der Schwerindustrie und den Treibern der adeligen Junker, die auf dem Altare des Fakenkreuzertums gerne opferien, weil ihnen dies die Hoffnung gab, daß alles wieder werden würde, wie es einst in der Monarchie war und daß ihnen, den vom Sturmwind der Revolution Entthronten, der Nationalismus wieder ihre frühere Machtstellung zu gewinnen helfen wird. Knapp vor dem Hitlerputz veröffentlichte der Fürst Bredc, auch

ein nationalsozialistischer Arbeiter, einen Aufruf an alle — Autobesitzer, ihre Fahrzeuge der Autostaffel der Hitlerischen Kampfverbände zur Verfügung zu stellen. Natürlich aus lauterster Begeisterung für die nationalsozialistische — Arbeiterfrage. Man muß ein Brett vor dem Kopfe haben, um nicht zu sehen, was die Hintermänner und die Geldgeber der Nationalsozialisten wollen. Die durch die nationale Phrase beiflohenen Arbeiter und Angestellten sollen selber die alte Unrechts- und Klassenordnung wieder herstellen, das deutsche Volk in das Joch zurückbeugen und die Riemen flechten, damit die Edelsten und Besten, die Junker- und Herrenklasse in die Lage kommt, auf seinem Rücken blutige Striemen zu ziehen.

Es wird noch Gelegenheit sein, die einzelnen der Selbigen aus dem Münchener nationalsozialistischen Kabinetts vorzuführen. Hört man sie jetzt vor Gericht reden, so kann man nicht genug darüber staunen, daß den wirren Ideen dieser schnoddrigen Geistes immerhin weitere Schichten der deutschen Bevölkerung zu folgen vermochten. Das ist ein Zeichen der moralischen Erkrankung dieser Schichten. Der Hitlerprozeß bedeutet eine Reinigung. Das deutsche Volk wird erkennen, vor welchem Abgrund es gestanden, in den es die nationalsozialistischen Abenteurer ohne Gewissensbedenken hineingestoßen hätten!

Die Hebe gegen die Geschworenengerichte.

Debatte im Senat.

Prag, 7. März. Vizepräsident Alojaš eröffnete die Haus Sitzung mit einer Kundgebung für den Präsidenten Masaryk anlässlich dessen 74. Geburtstag.

Das Haus verhandelte unter anderen die Regierungsvorlage, mit welcher die Bestimmungen des Strafgesetzes darüber, wer das Recht hat, den öffentlichen Gerichtsverhandlungen als Zuhörer beizuwohnen, abgeändert werden.

Berichterstatter Dr. Procházka erwähnte, daß die grundsätzliche Einführung der Öffentlichkeit eine große Reform des Strafprozesses bedeute. Der Grundsatz der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens hat eine besondere Bedeutung für den Richter, den Verteidiger, den Staatsanwalt, die Zeugen und auch für den Angeklagten. Es übt aber auch einen erzieherischen Einfluß auf das Publikum aus, das den Gerichtsverhandlungen beiwohnt. Weil aber die Gesetze in einzelnen Bestimmungen differieren, hat die Regierung zum Zwecke ihrer Umgestaltung den neuen Entwurf eingebracht. Darin wurde bestimmt, daß die Ueberfüllung des Saales ein Grund sei, jemanden den Einlaß zu verwehren. Aber gerade

die Vorkommnisse bei dem Hanika-Prozesse in Brünn

sind ein Beweis der ungebührlichen Ueberfüllung der Gerichtssäle. Der Berichterstatter beantragt die Annahme der Vorlage.

Dr. Stranšný (Nat.-Dem.) erklärt, er sei ein entschiedener Anhänger der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, aber gerade diese Vorlage sei ein Beweis dafür, daß die Öffentlichkeit, welche die Garantie für eine gerechte, konkrete und gesetzliche Verhandlung vor dem Gerichte biete, eine gewisse Einschränkung erfordere. Leider lasse sich außer den angeführten Beschränkungen eine Eigenschaft der Zuhörer nicht feststellen, welche die Einlaßberechtigung aufheben sollte: das ist die Sensationslüsternheit gewisser Leute und bestimmter Kreise. Es sind das Leute, die sich nicht etwa davon überzeugen wollen, ob gerecht verhandelt wird, sondern die sich weiden wollen an

den feilschen Leiden des Angeklagten, die der Sensation teilhaftig sein wollen, welche das Gerichtsverfahren zutage bringt und die so die Justiz entwürdigten. Sei er aber auf einer Seite für die Einschränkung der Öffentlichkeit, so möchte er andererseits wieder fordern, daß auch die Gerichtssäle entsprechend für die Öffentlichkeit eingerichtet werden. Ich stimme nicht mit den kleinsüchtigen Mittel überein, mit denen die Regierung jetzt da kommt, aber

ich werde mit beiden Händen dafür stimmen, daß die Schwurgerichte überhaupt aufgehoben werden.

Ich bin in dieser Beziehung ein eingeleiteter Reaktionsär und in meiner Reaktion sehe ich einen Fortschritt in der Aufhebung der Schwurgerichte, da auf den Banken der Geschworenen oft Leute sitzen, die die Sache nicht verstehen, für sie kein Auffassungsvermögen haben, ja oft auch nicht das richtige Gewissen, und die allen möglichen Einflüssen der Gerichte unterliegen (Lärm und Widerspruch unserer Genossen).

Dr. Spiegel (D.-Dem. Frp.) Sicher liege der Gedanke der Geschworenengerichte der Demokratie näher, als der Monarchie. Sollten für Preßdelikte die Geschworenengerichte abgeschafft werden, so wäre das ein weiterer schwerer Schlag gegen die Schwurgerichte.

Dr. Stranšný sagt in einer tatsächlichen Bemerkung, es sei nötig, die Herren von der deutschen Seite daran zu erinnern, daß sie gelegentlich des Boeran-Prozesses in der ganzen Welt verkündeten, daß das Schwurgericht nichts taugte.

Berichterstatter Dr. Procházka erwiderte in seinem Schlußworte dem Dr. Spiegel.

Die Anträge des Genossen Dr. Heller auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in den Korruptionsaffären wurde von der Majorität abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag den 18. März um 5 Uhr nachmittags.

Wirtschaft bedeuten" würde. Es steht also nach allem, was selbst die offiziöse Presse über unsere voraussetzlichen Zahlungsverpflichtungen erzählt, zu befürchten, daß die Anforderungen der Entente nicht nur an die obere Grenze der vom Außenminister erwähnten Reparationsziffer von fünfundsiebzig Milliarden heranreichen, sondern diesen horrenden Betrag auch noch um ein ganz Wesentliches überschreiten werden. Dies würde uns auf viele Jahrzehnte hinaus der Entente tributpflichtig machen, eine geradezu ruinöse Vertiefung der gesamten Lebenshaltung der Bevölkerung und des ganzen Produktionsapparates zur Folge haben und in weiterer Folge den Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft mit den bekannten, für die Arbeiterklasse direkt vernichtenden Wirkungen nach sich ziehen.

Nach den Darlegungen des Außenministers hat dieser über diesen Gegenstand mit den verbündeten Mächten wiederholt verhandelt und ein gemeinsames Vorgehen der Kleinen Entente in dieser Frage erzielt. Auch während der letzten Reise des Außenministers nach England, Frankreich und Italien haben über den ganzen Komplex der einschlägigen Fragen bereits eingehende Aussprachen stattgefunden. Es soll auch eine grundsätzliche Verständigung der Tschechoslowakischen Republik mit Rumänien, Jugoslawien

und Frankreich erzielt und auf dieser Grundlage dann in Rom und London weiter verhandelt worden sein. Diese Verhandlungen wurden auch nach der Erstattung des letzten Exposees des Außenministers im Auslande weitergeführt und es wurde nach der Darstellung des Außenministers von allen interessierten Stellen die Notwendigkeit einer Revision der Zahlungsverpflichtungen der Nachfolgestaaten anerkannt.

Im Hinblick auf die ganz gewaltige wirtschaftliche und politische Bedeutung der schwebenden tschechoslowakischen Reparationsfrage und insbesondere mit Rücksicht auf die schweren Konsequenzen der der Tschechoslowakischen Republik von der Entente zugemessenen Reparationszahlungen richteten die Genossen Dr. Čejch und Čermak an den Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus die Anfrage:

1. Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhaus über die zwischen der Tschechoslowakei und den Ententestaaten im Schoße der Wiedergutmachungskommission schwebenden Reparationsverhandlungen in der nächsten Sitzung des Hauses erschöpfenden Bericht zu erstatten und so die sofortige Aussprache des Parlaments über diesem Gegenstand zu ermöglichen.

2. Ist die Regierung bereit, dem Parlament beruhigende Zusicherungen in der Richtung zu

geben, daß von ihr in der Reparationsfrage ohne vorherige Einholung der Entscheidung der Nationalversammlung keinerlei Abmachungen getroffen werden.

3. Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhaus, beziehungsweise dem außerpolitischen Ausschusse, das ganze einschlägige Material zur Prüfung zu unterbreiten und so die Grundlagen für eine sachgemäße Stellungnahme des Parlaments zu schaffen?

Inland.

Die Mären.

Die tschechischen Politiker im alten Oesterreich.

Dr. Smeral veröffentlicht die Dokumente, von denen er in seiner Parlamentsrede sprach. Das erste Dokument ist eine Anzeige Dr. Soukup's vom Oktober 1915 an die Prager Polizei. In die Redaktion des „Pravo Lidu“ kam ein Unbekannter, forderte eine Unterredung mit Soukup, zog vor diesem einen in Stoff eingeschlagenen Knopf hervor und sagte: „Das ist meine Legitimation, auf Grund welcher sie mit mir sprechen können.“ Als Soukup darauf erklärte, er verstehe nichts von allem, erzählte der Fremde, er sei von einer Frau aus Zürich gefandt, um eine Unterredung mit Soukup zu vermitteln. Diese Angelegenheit bringt Soukup der Polizei zur Anzeige. Das zweite Dokument ist ein Rundschreiben Stangl's vom 4. August 1917, in welchem Stangl berichtet, vom Ministerpräsidenten Seidler zu einer Konferenz über die Teilnahme des „Čestý Svaz“ an der Regierung bei Garantierung der nationalen Autonomie eingeladen worden zu sein. Dieses Anerbieten sei, wie Stangl ausführte, von ihm und Dr. Smeral abgelehnt worden. Das dritte Dokument ist eine Eingabe des Reichsratsabgeordneten Haberman an den Prinzen Lobkowitz aus dem Jahre 1917, in welchem mit Rücksicht darauf, daß sich das Eisenbahnpersonal für den anstrengenden und verantwortlichen Dienst im Interesse der ganzen bewaffneten Macht eine Allerhöchste Anerkennung erworben hat, gewisse Forderungen des Eisenbahnpersonals vorgebracht werden. Das vierte Dokument, eine Karte des verstorbenen Dr. Rašín, führt aus, daß Smeral einen Artikel, von dem er Rašín erzählte, in der „Díle“ untergebracht habe. Weiters bittet Rašín um Abschrift eines Artikels. Das fünfte Dokument ist eine Bittkarte Alojaš's, in welcher dieser Smeral um eine Intervention wegen der Verhaftung eines gewissen Jušič bittet. Diese Karte stammt aus dem Jahre 1918. Das sechste Dokument ist ein Brief des Universitätsprofessors Dr. Peleš an Dr. Meißner, in welchem über die Arbeiten an der staatsrechtlichen Deklaration referiert wird. Vor der Lösung der Autonomie wird gewarnt, da diese vorübergehend sein könne.

Die Rubikol-Briefe.

Der Rechtsanwalt Dr. Rubikol, Advokat Dr. Ludwig Hammer erklärt, daß die vom „Pravo Lidu“ veröffentlichten Briefe Rubikol's an den Ministerpräsidenten Šteblo Jaska seien und führt als Beweis hierfür außer dem Stil und der naiven Form, zwölf orthographische Fehler, die in den Briefen vorkommen, an. Dem Schreiben Dr. Hammers ist auch ein Gutachten des Gerichtsschreibers Rabelac beigelegt, woraus hervorgeht, daß die beiden Briefe Jaska sind, und daß ferner die Schrift dieser Briefe mit der Schrift Rubikol's ganz bestimmt nicht identisch ist.

Der Benzin.

Schon im Jahre 1922 wiesen Mitglieder des Verbandes der Benzin-Großhändler auf die son-

Die Reparationslasten.

Das vom Außenminister Dr. Beneš am 6. Februar 1924 im auswärtigen Ausschusse gehaltenen Exposee hat insbesondere in jenem Teile, welcher die im Paragraph 208 des St. Germainer Friedensvertrages vorgesehene Reparationsleistungen der Tschechoslowakischen Republik betrifft, eine ganz ungeheure Beunruhigung der gesamten Bevölkerung hervorgerufen. Selbst das dem Außenminister nachstehende „Čestý Slovo“ vertritt die Meinung, daß es beim Ringen um die tschechoslowakischen Reparationen „um unsere ganze wirtschaftliche Zukunft gehe“. Das Blatt des Ministerpräsidenten, der „Venkov“, schreibt, daß selbst wenn wir die niedrigere der von dem Herrn Außenminister erwähnten Reparationsziffern bezahlen müßten, dies den „Anfang vom Ende unserer ganzen

Auf der Landstraße.

Eine Novelle von Nikola Buljovic.

(Aus dem Kroatischen übersetzt von Jos. Seclie.)

Im Gefängnis lernten wir uns kennen. In einem Badestädtchen der Nordschweiz suchte ich vergeblich in einigen Wirtschaften ein Nachtlager — nirgends gab's Platz. Es gibt Menschen, für die sich auch wirklich kein Platz findet; die sich selbst und anderen zur Last sind, denen man instinktiv aus dem Wege geht, wenn man sie sonst auch bemitleidet oder mit ihnen sympathisiert, die außerhalb des normalen Lebenskreises stehen. Zu diesen Menschen gehörte auch ich — war ich doch auf der Landstraße. Als ich die Hoffnung, ein Nachtlager zu finden, aufgegeben hatte, erschien mir der Rettungsengel in Gestalt eines höflichen und dienstfertigen Bettelstrolachs. Er führte mich ins Gefängnis. Wenn es keine Polizei und keine Gefängnisse gäbe, so müßte man sie erfinden. Denn, wenn alle Hoffnungen untergehen, so bleibt das Gefängnis als einziger Rettungsanker. In der gegenwärtigen Gesellschaft sind die Gefängnisse notwendige und nützliche Einrichtungen, gerade so wie die Kinderspitäler und der Krieg notwendige Gesellschaftsregulatoren sind. Wer das nicht einseht, der ist noch nie auf der Landstraße gewesen. Ich kam in ein anständiges Gefängnis. Je kulturell entwickelter ein Volk ist, um so besser sind seine Gefängnisse — das Gefängnis ist in irgend einer Hinsicht der Spiegel der Volkskultur. Die Zelle war geräumig. Sie hatte starke eiserne Gitter vor den Fenstern und lag ganz oben unter dem Dachboden. Durch das Fenster drang ein Strahl des blauen Mondlichtes und ergoß sich über den Steinboden der Zelle. Im Halb-

dunkel waren zwei an die Wand geschmiedete Betten erkennbar. Auf der einen Seite sah ein Mann. — Guten Abend! grüßte ich ihn. Er schweig eine Weile, dann sagte er: — Dorawstovnjste Batschusko! Ich war unangenehm überrascht. — Ein Bekannter? Wer mag denn das sein?... Ich schaute ihm ins Gesicht. Ah! wie der Mensch vom Schimmer des Mondes entsetzt wird! Ein volles, einfaches Gesicht, aber in dem Reflexe des Mondscheinens vom Fußboden her sah er drein, wie eine ausdruckslose Papiermaske. Der Mann lachte. Und in dem Moment verschwand die unangenehme Erscheinung. Seine großen sanften Augen schauten mich zutraulich an. — Kennen Sie mich? frag ich. — Nein, ich kenne Sie nicht, war die Antwort. Er habe gedacht, ich sei ein Russe, sagte er, habe sich aber, wie es scheint, geirrt. Das schade aber nichts, auch ohne das stünden wir uns nahe. Ihn habe man ein paar Minuten vor mir hierher gebracht — auf der Straße aufgesehen. — Dich desgleichen? frag er. — Jawohl. — Da siehst du! Von der Straße wirst du genommen wie ein Gegenstand — damit du die Aussicht nicht verdirbst. Er lachte wieder, dann schweig er für einen Moment. — Scheint dir nicht auch, es sei so? — Gewiß. — Gerade so, wie sie den Mist auf den Hofen werfen, so werfen sie uns ins Gefängnis. — Jawohl. — Jawohl! Aber das dürfte nicht so sein. Wir sind Menschen wie alle anderen. Er schweig wieder, hernach trug er uns eine Schnitte Brot an.

— Ich habe sonst nichts, sagte er, sich entschuldigend. Der Mond hatte sich irgendwo versteckt: hinter die Mauer, die Wolken oder hinter die Bäume. In der Zelle wurde es dunkler. Der Russe sprach: — Gefährlich sind wir für fremdes Gut, sagen die Leute. Gut so. Aber sie wissen auch, warum. Weil wir eigenes Gut nicht besitzen und doch leben müssen. Auf das Leben haben wir alle das gleiche Recht. Aber wenn du kein Vermögen hast, kannst du dich neben dem Reiche ruhig hinlegen und sterben. Alles ist fremdes Eigentum. Millionen ohne Eigentum mußten sich in „freiwilliges“ Sklaventum begeben: in die Lohnarbeit. Die Heilige Schrift sagt: „Dienstbar soll derjenige sein, der leben will.“ Wir aber, von der Straße, mein Freund, können nicht einmal um den Preis des persönlichen Sklaventums zu einer Brotkruste kommen. Nein, nicht einmal dies, und doch müssen wir leben. — Für uns haben die Menschen Gefängnisse geschaffen, um ihr Eigentum vor uns zu schützen und um uns überwachen zu können. Außerdem reichen sie uns Brotsamen, Unabendbrot, damit sie unseren Zorn mildern und den Nachgedanken in uns töten. Einen, bei dem diese Mittel nicht genügen, den vernichten sie einfach: sie löschen ihm das Leben aus, mit dem Blei, dem Galgen oder mit der Guillotine. An der Türe knirschte das Schloß. Der Gefängniswärter steckte den Kopf hinein und rief: — Ruhe! Es ist nicht erlaubt zu sprechen. Als wir wieder allein waren, sagte der Russe: — Reizend! Man darf nicht sprechen! Das erinnert mich an meine Heimat. Nach langem Unterbruch sagte er: — Von hier gehe ich nach Rußland. — Das ist weit. — Nichts ist weit, gerade so, wie auch nichts unmöglich ist, sagte er entschieden.

In einer der Nachbarzellen schluchzte jemand. Vom Kirchturm im Städtchen läutete es. Im Gange tönten Schritte. — Ganz wie bei uns in Rußland, sprach mein neuer Bekannter nachdenklich. Später, als wir schon im Bette waren, sehte er seine Rede fort. Er behauptete, daß die Menschen Ungerechtigkeiten lediglich aus Gewohnheit ertragen. Man muß ihnen nur das gute Beispiel geben und sie werden anders. Die Macht des Menschen über den Menschen heißt Vergewaltigung und Betrug. Die Natur schuf nicht Herren und Knechte, nicht Gute und Schlechte, Tyrannen und Untertanen, sondern einfach Menschen. Alles andere hängt mit der Veredelung und der Entwicklung zusammen. Nichts paßt sich so leicht an, wie gerade der Mensch — sprach er. Der größte Teil der Menschheit darbt und leidet auf der Erde unmittelbar neben größtem Reichtum. Er betrachtet aber seine Beiden als etwas Natürliches. — Fragst du, warum? Nun, weil die Menschen langsam die Fähigkeit des Denkens verloren haben. Und mit ihr auch das Menschenbewußtsein. Die Erde ist voll lebendiger Leichname, die leben, weil sie als Menschen schon lange zu leben aufgehört oder überhaupt nie gelebt haben. — Das ist ein Blend. Aber es muß nicht so sein, wenn nur die Hauptursache beseitigt wird. Und das ist die Armut, oder besser gesagt, der Hunger. Der Hunger tötet die Denkfähigkeit, er hat die Menschen degradiert. Der hungernde Mensch kann nur einen Wunsch, nur einen Gedanken haben, Nahrung zu finden. Heute aber hungert der größte Teil der Menschheit: meine Ruschiks in Rußland nähren sich gerade so ungenügend, wie die Industriearbeiter in Deutschland. — Die Menschen müßten nicht hungern, denn es gibt Nahrung für alle... Ich unterbrach für einen Moment meine

berbare Art der Vergabung der Benzinforderungen hin. Das bewährte Beispiel der Lieferungsvergabung bei der Post — so schreiben „Novosti“ —, wo zur Deckung des Bedarfs eine Lieferung von zehn Zisternen an verschiedene Firmen vergeben wird, die die Lieferung rechtzeitig und verlässlich erfüllen können, wurde nicht befolgt. Beim Ministerium für Nationalverteidigung wurde dagegen eine Lieferung von 100 bis 150 Zisternen einer einzigen Firma vergeben. Sämtliche Interventionen der Großhändler hatten keinen Erfolg. Ihre Bitten und Hinweise wurden nicht beachtet. Im Mai 1923 offerierten die Großhändler dem Ministerium für Nationalverteidigung Benzin zu sieben Kronen, das Ministerium hat aber dieses Anerbieten abgelehnt und die Lieferung der Naphthalinompagne vergeben, der es — 9.40 Kronen beahlte. Der Delegierte der Großhändler begab sich zum Referenten und machte ihn aufmerksam, daß die Vergabung der großen Menge von 150 Zisternen sich auf einmal nicht empfehle, weil sich eine absteigende Preisänderung geltend mache; der Delegierte wurde aber mit der Erklärung abgewiesen, daß sich das Ministerium von niemandem etwas vorschreiben lasse und das Benzin dort laufe, wo es ihm passe. Der Verband der Großhändler sandte im Juli eine Zuschrift an den Minister Udrkal, in dem er beantragte, das Offertverfahren zu stornieren, weil es von vornherein unwirtschaftlich sei, auf einmal 150 Zisternen zu beschaffen und weil ferner der Preis von 9.40 Kronen bei weitem höher sei, als der von den Mitgliedern des Verbandes der Großhändler angebotene. Auf diesen Brief traf die Antwort, unterschrieben vom Minister Udrkal ein, in welcher die Anregungen mit dem Bemerkten abgelehnt werden, daß die Bestellung aus — strategischen Gründen erfolgt sei. Die Mitglieder des Verbandes der Mineralöl-Großhändler ahnten wohl, wie diese „strategischen Gründe“ tatsächlich aussehen, aber öffentlich konnte man damit nicht herausbrüllen, weil man nirgendwo Gehör fand. Das war ein augenscheinlicher Betrug, wenn Offerte um den Preis von sieben Kronen abgelehnt und Offerte der Naphthalinomp. um 9.40 Kronen angenommen wurden. Wo sollten die Interessenten Schutz suchen, wenn ihnen an kompetenter Stelle mit der Strafverfolgung gedroht wurde, falls sie sich unterstünden, jemanden irgendwie zu verdächtigen? Der Delegierte des Verbandes der Großhändler wurde zur Erstattung eines Gutachtens über das ganze Offertverfahren eingeladen. Er empfahl, daß die Lieferung unter einige Großhändler verteilt werde, weil mehr Firmen für die richtige Lieferung besser garantieren. Er erhielt die Antwort, das Ministerium wisse gut, warum es dies tue. Als der Delegierte die Mutmaßung aussprach, warum dies eigentlich geschehe, wurde ihm mit der Strafandrohung gedroht, weil er militärische Personen verdächtige.

Der Oberberger Gemeindevahl-Scandal

Aus Oberberg wird uns geschrieben: Wenn man in Tschschesien lebt, und die sogenannte „Nebstzeit“, sowie die darauffolgende Zeit der Gewalttherrschaft der sogenannten Verwaltungskommissare mitemacht hat, so ist man wahrlich eine Portion Dummheit und Rücksichtslosigkeit gewohnt. Was sich aber seit den Gemeindevahlen im September 1923 hier in Oberberg zuträgt, strotzt jeder Befahrung. Zunächst hat man mit klugen Machinationen die Ungültigkeitserklärung der Oberberger Gemeindevahl herbeigeführt: Die Oberberger bürgerlichen Tschschesien stellten außer ihrer Kandidatenliste noch eine sogenannte „unpolitische“ deutsch-polnische (Nr. IX) auf und kandidierten auf dieser die Direktoren des deutschen Gymnasiums und der deutschen Bürgerschule, nebst einigen polnischen und tschschesischen unbekanntem Größen und nannten als Vertreter dieser Liste Nr. IX den tschschesischen Postbeamten Barina.

Aufmerksamkeit. In meinem Bewußtsein tauchte die Frage auf: Bin ich denn nicht auch einer der Toten, von denen der Russe gesprochen hat? Ich gliederte vor dieser Frage und statt der Antwort kam mir mit vernichtender Behmut in den Sinn, daß ich im Gefängnis sei.

Man darf nicht vergessen, daß wir Menschen sind — hörte ich den Russen weiter sprechen — und weiß den so ist, kann der eine über den andern keine besonderen Rechte haben. So weit müssen wir kommen, daß der eine Mensch in dem andern den Bruder zu achten beginnt.

Ihm zuhörend, öffneten sich für mich neue und unbekannte Ausblicke — mir kam es vor, als stünde ich aus einem tiefen Schlaf auf.

— Ich bin ein Mensch, sprach er. — Die Menschen vergessen aber, daß ich einer der Ihren bin.

Seine Worte fielen wie Balsam auf meine beleidigte Seele. Sie weckten den Menschen in mir. Das Gefühl der Mühsal und der Kraft krönte durch meinen Körper, und im Kopfe wurde langsam der Raubgedanke wach.

„Ich bin ein Mensch!“ ... Bald war ich wieder niedergedrückt. Die Mühsal übermannte meinen Körper und schwächte die Deutlichkeit.

Der Russe hörte auf zu sprechen. Ich strengte mich an, um in meinem Sinn seine Gedanken zu wiederholen, und unter deren Kraft spürte ich — wenn auch nur für einen Moment, etwas Majestätisches — mein Ich —

Ich rang verzweifelt Andere Bilder und Erinnerungen tauchten im Bewußtsein auf. Ich sah lebhaft vor mir meinen bärtigen Volksschlichter, wie er mit der Birkenrinde durch die Luft hieb. Es kam mir vor, als höre ich das Pfeifen der Luft. Nachher sah ich, wie sich mir die Gen-

Der geplante Anschlag auf die Pressefreiheit.

In der Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt Genosse Dr. Czech eine Rede, die wir im Auszuge bereits wiedergegeben haben. Folgendes besondere Kapitel der Rede, das sich mit dem vom Ministerpräsidenten Svehla angekündigten Gesetzesantrag auf Entziehung der in der Presse begangenen Ehrenbeleidigungsdelikte den Geschworenengerichten befaßt, teilen wir im Wortlaut mit.

In dem Antrag der Koalition auf Reform des Pressegesetzes erblicken wir ganz offen gestanden einen Ueberfall. Was für Vorstellungen gewisse Herren von der Demokratie haben, ersieht man daraus, daß die anderen Parteien nur durch einen Zufall davon erfahren haben, was geplant wurde. Ich muß sagen: Wie ein Schuhfetzen — das sieht man wieder an diesem Fall — werden die Opposition und die Parteien der Minderheitsgruppe in diesem Parlament behandelt. Es ist das in keinem Parlamente der Welt der Fall. Ueberall findet ein Kontakt zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppe statt, es ergibt sich so eine gewisse Ausgeglichenheit. Weit und breit finden Sie das in diesem Parlamente nicht. Es müßte ja deshalb auch nichts anderes geschehen, als was die Koalition will. Die Koalition könnte, auch wenn sie sich mit den Minderheitsparteien verständigt und sie informiert, weiter beschließen und entscheiden, aber es würde diesen Entscheidungen dieser brutale Charakter des Diktats genommen werden. Wenn wir an die politischen Auswirkungen denken, wird man ja das jetzige Vorgehen nur begrüßen können, weil es das System vor aller Desfentlichkeit kompromittiert. Vom Standpunkt der Koalition begreife ich dieses Vorgehen nicht und die Herren werden wohl zugeben müssen, daß ich in wiederholten Aussprachen mit den Mehrheitsparteien immer wieder versucht habe, in diesem Falle Vorstellungen zu erheben und den Herren der Koalition eine andere Meinung von parlamentarischen Methoden zu verschaffen.

Wenn die Koalition ihren Beschluß, dem die Regierung so sympathisch gegenübersteht, durchführt, so bedeutet das, daß das

Schwurgericht, ein Palladium der Freiheit aus früherer Zeit, erledigt ist.

Auch ich habe für manches, was im Schwurgericht geschehen ist, ein Kopfschütteln gehabt, aber mich schließlich doch vor dieser Einrichtung gebogen und innerlich immer an ihr festgehalten. Es gibt ein politisches Leben ohne die Freiheit des Wortes nicht. Schon mit dem Schwurgericht wurde in die Einrichtung der Geschworenengerichte eine

Die Kandidaten dieser Liste hatten von ihrer Auffassung als Kandidat keine Ahnung, hatten auch keine Unterschrift als Zeichen ihrer Einwilligung gegeben. Auch hatte sich die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Wähler-Unterschriften (50) nicht aufreiben lassen, so daß diese Liste von der Ortswahlkommission als ungültig erklärt wurde. Die Ungültigkeit wurde von der politischen Landesverwaltung auch bestätigt. Nichtsdestoweniger wurden in die einzelnen Wahlkommissionen vom Bezirkskommissar Ryba (Freistadt) Vertreter der ungültigen Liste ernannt und mußten trotz Einwendungen der Oberberger Bürgerschaft über Anordnung dieses Kommissars darin verbleiben, obwohl das Gesetz klar und deutlich vorschreibt, daß in den Wahlkommissionen soviel Beispiele vertreten zu sein haben als Wahlgruppen im Orte vorhanden sind. Festzuhalten ist also, daß das neunte Kommissionsmitglied den Oberberger Wahlkommissionen gegen ihren Willen und trotz ihrer Einwendungen angewandt worden ist. Der angewandte Regierungsvertreter fand keinen Anlaß Einwendungen zu erheben. Die Wahlerfolge waren für die Tschschesisch-Bürgerlichen gering

darmen näherten, um mir Ketten an die Hände zu legen — ja, ich spürte sogar den Schmerz.

Ich versuchte, vom Bette aufzuspringen. Vergebens! Wie eine schwere Last lag die Mühsal in meinen Gliedern. Es kam mir vor, als wenn meine Hände und Füße, vom Rumpfe losgerissen, sich ausruhten. Im leeren Wagen spürte ich noch das Brot, als wenn es Stücke von Stein wären. In meinem Kopfe war ein Bausen, ähnlich einem jenen, vielstimmigen Stöckengläute. Endlich schlief ich ein.

Einige Wochen später suchte ich in einem Städtchen am Ufersee die Freunde meines Vatelantzen, Russen, auf.

Der eine sagte zu mir: — Ach! Du wünschst von Michailo Pawlowitsch etwas zu wissen?

Von diesem da?

Er faltete eine Zeitung auseinander und zeigte mir ein Bild.

— Ja, von ihm.

— Michailo Pawlowitsch lebt nicht mehr.

In der Zeitung stand die detaillierte Beschreibung eines Attentates auf eine politische Persönlichkeit Rußlands. Unter den getöteten Beteiligten war auch der, nach dem ich fragte. In der Beschreibung wurde er als Freiheitsheld gefeiert.

... Vor den Augen tauchte mir plötzlich seine schöne Erscheinung auf, mit den großen, sanften Augen, so wie damals, als er zu mir gesprochen hatte:

— Ich bin ein Mensch. Die Menschen vergessen aber, daß ich ein solcher bin...

schwere Presse geschlagen; aber damit wurde dem politischen Leben ein geradezu tödlicher Schlag verkehrt. Nun folgt jetzt das zweite Attentat, das jedes freie Wort in diesem Staat vernichten wird.

Wer will behaupten, daß es sich etwa bei den jetzigen Anklagen gegen die öffentlichen Staatsorgane oder gewisse Parlamentarier nur um ganz commune, jeden politischen Charakters entkleidete Ehrenbeleidigungen handelt? Wer kann das behaupten?

Wer kann die Korruptionssünden des persönlichen Moments entleiden?

Wo liegt die Grenze zwischen dem politischen Deliktstatbestand und dem Privatehrenbeleidigungsstatbestand? Die Schwurgerichte entsprechen dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit, das sage ich als Jurist, über die Gesetzesparagrafen hinaus. Nun soll wieder an die Stelle der öffentlichen Moral, die in gewissen Fällen auch Recht zu sprechen hat, das vernücherte und das erstarrte richterliche Ermessen treten, damit jede Kritik an dem Staat erstickt wird, weil es eben keine so genauen Grenzen zwischen politischen Delikten und privaten Delikten gibt.

Was aber hier geschieht, geschieht als ein ganz communes Delikt der Koalitionsparteien, als deren Vollzugsorgan — und nicht als Lenker dieses Staates — der Ministerpräsident auf diese Tribüne getreten ist. In Oesterreich hat man bei der Reform des Pressegesetzes auch nicht an die Verhütung der Korruption vergessen. Eine Bestimmung jagt: Bestechungen der Presse berechtigt jeden, der bestochen hat, auch nach Jahren noch das Geld wieder zurückzufordern. Während in Oesterreich ein Pressegesetz zur Verhütung der Korruption gemacht worden ist, macht man hier ein

Pressegesetz zum Schutz der Korruption.

Demu so wird es schließlich in seinen letzten Auswirkungen sein.

Diesem Attentat setzen wir für unsere Partei den schärfsten Widerstand entgegen und lehnen dieses neue Kunststück der Koalitionsparteien mit aller Entschiedenheit ab.

(4 Mandate) und schon am Abend des Wahltages hörte man ihre Meinung, daß die Wahl ungültig „gemacht“ werden müsse.

Es war darum niemand verwundert, als der Listenfürher jener Partei, Herr Bürgerschuldirektor Stetina, einen Refkurs gegen die Gültigkeit der Wahl einbrachte. Empört aber war jeder politisch anständig Denkende darüber, daß in der Statgebung des Refkurses neben anderen blödsinnig herbeigezogenen Lappalien, als Hauptgrund der angeführt wurde, daß man in die Wahlkommission den Vertreter der mit Recht ungültig erklärten Liste Nr. IX ernannt hat. Also, das von der politischen Bezirksverwaltung (d. h. Kommissar Ryba) ausgebrachte Wahlkommissionsmitglied der Liste IX wird eindeutig als Grund zur Annullierung der Wahl angeführt! Die Oberberger Bevollmächtigte ist der festen Ueberzeugung, daß die Annullierung des neunten Wahlkommissionsmitgliedes eine von Herrn Stetina bestellte Sache war. Dieser Mann überschätzt aber die Geduld der Arbeiter sehr und wird dahin befehrt werden müssen, daß man nicht gewillt ist, seiner Ränkepolitik zuliebe Geld, Zeit und politische Rechte zu opfern.

Die Oberberger Wahlkommission des Herrn Stetina und Genossen hat aber damit noch nicht ihr Ende gefunden: Ohne erst Erhebungen im Wahlsorte zu pflegen, einzig und allein auf die Wahrheitsliebe des Herrn Stetina vertrauend, hob die politische Landesverwaltung in Troppau die Oberberger Wahl auf, willfährte also vollständig. Und jetzt kommt das Ungehörliche und wohl juristisch noch nie dagewesene: Herr Stetina und Genossen rekurierten gegen diese Entscheidung (ganzliche Willfährung ihres Willens!) abermals, diesmal an das Oberste Verwaltungsgericht. Gleichzeitig aber (und hier liegt des Rubels Kern) verlangen sie von der Bezirksverwaltung Freistadt, daß neue Wahlen solange nicht angesetzt werden, bis die Entscheidung jenes Gerichtes vorliegt.

Hierin liegt System und dahinter steht der in ganz Tschschesien bekannte Kommissar Ryba. Es ist den Herren durchaus nicht um die Feststellung von Ungerechtigkeiten oder Wahlmogeleien zu tun, es ist ihnen auch nicht darum zu tun, den „Vertretern“ der Liste IX zu einem Rechte zu verhelfen (denn die kandidierende Wahlgruppe existiert nicht), sondern einzig und allein darum, das Regime der Verwaltungskommission noch weiterhin aufrechtzuerhalten und die Bevölkerung von Oberberg, die seit wählt hat, um ihre politischen Rechte zu bringen! Herr Stetina erhofft sich dabei eine Stärkung der tschschesischen Bevölkerung durch „weg“-Versehen der deutschen und „her“-Versehen tschschesischer Staatsbeamter, ferner ein gutes Funktionieren des Wahlbetriebes unter deren Leitung mit Unterstützung einer rein tschschesischen Garnison (gegenwärtig garnisoniert in Oberberg ein Bataillon mit stark deutsch untermischter Mannschaft). Vor allem aber verliert so Herr Stetina seine erst in letzter Zeit erzwungene, mit

einem Gehalte von 3000 Kč dotierte Stelle als Finanzreferent der Verwaltungskommission nicht, und auch seine Genossen behalten auf diese Weise die dotierten Stellen. (Sämtliche in tschschesischen Händen, trotz der Majorität der Deutschen!)

Wir sind neugierig, ob die Schlesische Landesverwaltungskommission zu einer weiteren Verschleppung der Wahlen in Oberberg die Hand bieten wird, noch neugieriger aber, ob sich die tschschesischen Sozialdemokraten Oberbergs, wie auch die tschschesischen Nationalsozialisten, die unbestreitbar die Majorität unter den Tschscheschen Oberbergs haben, mit jenen Verschleppern sich identifizieren werden. Die deutsche Arbeiterschaft protestiert gegen eine solche politische Frivolität, protestiert gegen einen Diebstahl ihrer politischen Rechte. Sie protestiert auch gegen die Befassung eines verantwortlichen politischen Kommissars, wie es Herr Ryba in Freistadt ist, der trotz seiner Unkenntnis der Wahlvorschriften immer noch die Wahlagenden Tschschesien führt und dafür den Gehalt eines Staatsbeamten und außerdem große Extra-Tagesdiäten bezieht.

Gemeindevahlen im Bischofteiniger Gebiet.

Am 24. Feber und 3. März fanden in einigen Orten des Bischofteiniger Gebietes Gemeindevahlen statt. Bisher sind uns folgende Resultate bekannt: Meklitz: sechs deutsche Sozialdemokraten, acht Bund der Landwirte, ein Tschsche; Reid: fünf deutsche Sozialdemokraten, sieben Landbändler; Rudi: sieben deutsche Sozialdemokraten, fünf Landbändler; Melmitz: drei deutsche Sozialdemokraten, drei Christlichsoziale, drei Bäcker und drei Bändler; Dobrowan: sechs deutsche Sozialdemokraten und zwei Bändler; Klein-Mallowa: sechs Sozialdemokraten und drei Bändler; Puhly: sechs tschschesische Sozialdemokraten, sechs Bürgerliche; Wostratschin: vier tschschesische Sozialdemokraten, vier „Partei der Steuerzahler“, zwei Nationaldemokraten, ein Bürgerlicher und vier tschschesische Agrarier; Tschalowitz: fünf Gewerdeparteiler und vier Landbändler; Ploß: drei Sozialdemokraten, acht Wahlgemeinschaftler, zwei Christlichsoziale, zwei Volksparteiler und drei unabhängige Volksparteiler.

Die Legionäre und die Märzfeier in Sternberg. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Sternberg hatte beschlossen, ihren Zug zum Grabe der Märzgefallenen am 9. März allein zu veranstalten. Zugleich hatten auch die deutschbürgerlichen Parteien eine Märzfeier beschlossen. Diese Märzfeier aber waren gewissen Tschscheschen ein Dorn im Auge und sie unternahmen alles mögliche, um die Abhaltung dieser Veranstaltungen zu verhindern. So erschien beispielsweise am 4. März im nationaldemokratischen „Bozor“ eine Notiz, in welcher zum Protest gegen die „deutsche 4. März-Feier“ die tschschesische Bevölkerung der Umgebung von Sternberg aufgefordert wurde, sich massenhaft zu einer nationalistischen Versammlung am 9. März in Sternberg einzufinden. Diese Aufforderung trug die Unterschrift der Sternberger Legionäre. Die Absicht war, der politischen Bezirksverwaltung eine Handhabe zu bieten, den Zug der Sternberger zum Grabe zu unterlagen. Tatsächlich wurden die Züge, sowohl der sozialdemokratische, als auch der bürgerliche verboten. Das Singen der Chöre, das Spielen der Choräle und die Reden der Referenten wurde zwar nicht untersagt, das Unerhörte aber besteht darin, daß die Referenten ihre Reden in einem vollständigen Konzept, also wortwörtlich der Behörde vorlegen müssen. Es ist uns kein Fall aus dem alten Oesterreich bekannt, in dem an Parteireferenten ein solches Ansinnen gestellt worden wäre. Die Spekulation bei diesem Vorgehen besteht wohl darin, daß man damit rechnet, daß die Referenten sich einer solchen Demütigung nicht unterwerfen und daß auf diese Weise die Reden unterbleiben werden. Dabei ist zu bedenken, daß Sternberg eine fast ganz deutsche Stadt ist, in der bei den letzten Wahlen die Tschscheschen nur 2 von 36 Mandaten in der Gemeindevertretung erhielten!

Budgetauschuss.

In der gestrigen Sitzung des Budgetauschusses des Abgeordnetenhauses referierte Abg. Prof. Dr. Erdinko, welcher mit Bezug auf einen von unseren Genossen gestellten Antrag erklärte, daß allen Mitgliedern des Budgetauschusses die Einsichtnahme in alle Rechnungsbelege und sonstigen Unterlagen für das Jahr 1920 bis zum 20. März gestattet werden soll. Er verweist darauf, daß sich der Präsident des Obersten Rechnungsfontrollamtes schon früher bereit erklärt hat, diese Unterlagen den Mitgliedern des Budgetauschusses zur Verfügung zu stellen. Der Vorschlag Erdinkos wurde hierauf zum Beschluß erhoben. Von unseren Genossen wurde Abg. Dietl damit betraut, beim Obersten Kontrollamte die Ueberprüfung und Einsichtnahme durchzuführen. Der Landbändler Windirsch stellt an den Vorsitzenden Pradas die Frage, ob ihm bekannt ist, daß für Konsumvereine eine Subvention vom Staate von 240 bis 250 Millionen Kronen gewährt werden soll. Er „verwahrte“ sich dagegen und verlangte, daß rechtzeitig im Budgetauschuss berichtet wird, wenn ein solcher Plan bestehen sollte. Abg. Pradas erwiderte, daß ihm nichts davon bekannt sei und daß er selbstverständlich dem Ausschusse rechtzeitig berichten werde.

Genossen, lelet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kommunistischer Maskenumzug am 4. März. In Asch ließ es sich die kommunistische Partei nicht nehmen, am Faschingsdienstag, den 4. März, einen Maskenumzug zu veranstalten, zu welcher „Feier“ sie sich die Bewilligung im Rückwege erzwingen hatten. Diese bezeichnende Tatsache muß schon deswegen festgestellt werden, weil die bürgerliche Presse, die diesen Vorfall registriert, nicht ausspricht, daß es sich um eine rein kommunistische Veranstaltung handelte und so der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft des Acher Bezirkes ein am Fege stiden will, obgleich selbstverständlich die Sozialdemokraten mit diesem Maskenumzug nicht das geringste zu tun hatten.

Telegramme.

Heftige Beendigung des Bankbeamtenstreiks.

Wien, 7. März. (Eigenbericht.) Der Streit der Wiener Bankbeamten wurde Freitag durch eine Vereinbarung beigelegt. Die Arbeit wird Montag wieder aufgenommen werden. Sonntags werden nur die Vorarbeiten von den Bediensteten und Dienern geleistet werden.

In der Konferenz der Betriebsräte hat der Abgeordnete Genosse Alina das Ergebnis des Kampfes folgend zusammengefaßt: Der Anschlag auf die Organisation ist vollkommen abgewehrt worden. Die Unternehmer mußten ihre Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit fallen lassen, die Kassastunden werden bei Einschaltung einer einundhalbstündigen Mittagspause bis halb drei oder bis drei Uhr verlängert. Die Zweiteilung soll in einer beschränkten Anzahl von Wechselstunden vom 15. September bis 31. Dezember erprobt werden. In der Frage der Gehaltserhöhungen wurde eine allgemeine Erhöhung von fünf Prozent erreicht.

In der gestrigen Verhandlung wollten die Unternehmer eine gestaffelte Erhöhung zugestehen, und zwar für die alten Beamten bis acht, für die jüngeren von drei bis dreieinhalb Prozent. Das Verhandlungskomitee hat sich einmütig für die gleichmäßige fünfprozentige Erhöhung für alle entschieden. Ein bedeutendes Zugeständnis wurde in der Frage der Anschaffungsbeiträge erreicht. Im vorigen Jahre hatten die Verheirateten Anschaffungsbeiträge im Betrage von einundhalb bis einundviertel Monatsbezüge erhalten; heuer bekommen sie dreieinhalb und die ledigen zweieinhalb Monatsbezüge. Die Urlaubsgelder werden von 75 Prozent eines Monatsbezuges auf einen ganzen Monatsbezug erhöht, so daß die Gehaltserhöhungen insgesamt 14,4 Prozent betragen. Der Angriff auf die Parität der Qualifikations- und Disziplinarkommissionen wurde zurückgewiesen. Die Pragmatisierung der Vertragsbeamten wird in der Art durchgeführt, daß ein Drittel sofort, der Rest in absehbarer Zeit allmählich pragmatisiert werden soll. Diese Errungenschaften hätten ohne Kampf nicht durchgesetzt werden können. Es ist selbstverständlich, daß es auch keine Rangbeziehungen geben wird. Die Organisation darf mit dem Ergebnis des Kampfes sehr zufrieden sein.

Die Betriebsräte nahmen eine Entschliessung an, in der sie die Vereinbarungen billigen und dem Verhandlungskomitee sowie der gesamten Arbeiterschaft den tiefsten Dank aussprechen. Der Vertreter der reichsdeutschen Bankbeamten, Genosse Marx, beglückwünschte die Bankbeamten zu dem erzielten großen Erfolge.

Die Arbeiterregierung droht die Militäransgaben.

London, 6. März. Das Militärbudget weist eine Reduktion von sieben Millionen Pfund Sterling auf. Es beziffert sich auf 45 Millionen gegenüber 52 Millionen im letzten Finanzjahre bei einem unveränderten Effektstruppenstande.

Der Sekretär der Admiralität Ammon teilte im Unterhause mit, daß die Verminderung der Kriegsstärke in allen in Frage kommenden Ländern entsprechend dem Vertrage von Washington stattfindet. Es werde erwartet, daß sämtliche Länder ihre Verpflichtungen binnen der festgesetzten Fristen reiflich erfüllen werden.

Eine vernünftige Regelung der Reparationen.

London, 7. März. Blättermeldungen zufolge erklärte der Vorsitzende des zweiten Sachverständigenausschusses Mac Kenna gestern in einer Rede, in der Reparationsfrage scheine endlich Aussicht auf eine vernünftige Regelung zu bestehen. Mac Kenna sagte: „Ich glaube, daß die Welt die einfache, aber wichtige Lehre sich zu eigen macht, daß unsere Politik nicht durch das, was wir wollen, sondern durch das, was praktisch möglich ist, geleitet werden müsse. Seiner Ansicht nach werde nunmehr der Weg aus den größten Schwierigkeiten, die man in auswärtigen Angelegenheiten habe, gefunden.“

Polnischer Hyänismus.

Warschau, 7. März. In der gestrigen Sitzung haben die ukrainischen Abgeordneten eine dringende Interpellation betreffend die Verfolgung der ukrainischen sozialistischen Presse in Lemberg sowie betreffend die Ermor-

dung der Frau Besarabosa im Polizeigefängnis eingebracht. Der Minister des Innern erklärte in längeren Ausführungen, daß die Beschuldigungen der ukrainischen Abgeordneten „gegenstandslos“ seien. Bei der Abstimmung wurde die Dringlichkeit der ukrainischen Anträge abgelehnt.

Rußland - Rumänien.

Bukarest, 6. März. Das Programm der, wie bereits gemeldet, am 24. März in Wien zusammentretenden rumänisch-russischen Konferenz ist noch nicht genau festgelegt. In rumänischen politischen Kreisen blickt man mit sehr geringen Hoffnungen auf diese Konferenz. Die rumänische Presse verweist auf die systematischen Angriffe der Sowjetpresse gegen Rumänien, insbesondere soweit Bessarabien in Frage kommt, und betont, daß die bessarabische Frage für Rumänien endgültig erledigt ist. Die Wiener Konferenz werde, falls die Sowjetregierung diese Tatsache nicht anerkennt, ohne ein Ergebnis verlaufen.

Belgien.

Brüssel, 7. März. Der mit der Kabinettsbildung betraute ehemalige Ministerpräsident Theunis stattete dem früheren Außenminister Jaspar einen Besuch ab, um ihm sein Bedauern auszudrücken, daß er auf seine Mitarbeit verzichten müsse. Hieraus bot er das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten dem Führer der Liberalen Abg. Paul Hymans an, der geneigt sein soll, es anzunehmen.

Aus der Geschichte des Dollars.

Von Tony Kellen.

Wohl noch nie hat in der Geschichte das Steigen und Fallen einer Geldsorte so die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie jetzt der Dollar. Eigentlich ist es aber nicht der Wert des Dollars, der steigt und fällt, sondern der der deutschen Mark und der anderen ausländischen Geldsorten, die sich nach dem Dollar richten. Uns erscheint der Dollar heute als das Ideal einer Geldsorte, die zusammen mit dem Stein der Weisen verhandelt ist, der nach der Meinung der Alchimisten Gold zu erzeugen vermochte. Es ist dem Dollar aber nicht immer so glänzend gegangen wie heute. Auch er hat Zeiten des Aufstiegs und des Niedergangs gekannt, Tage des Glanzes, aber auch Tage des Jammers und des Elends.

Wie ist der Dollar entstanden? In Nordamerika waren vor dem Befreiungskriege spanische Realenstücke und englische Münzen im Umlauf. Je mehr sich aber das Land zu einem eigenen Staate entwickelte, mußte es auch sein eigenes Geld haben, und deshalb schuf man eine neue Geldsorte, die ursprünglich Unit, das heißt Einheit, heißen sollte, dann aber nach dem deutschen Taler Dollar benannt wurde. Wenn man früher einen Bauer in breiter Sprechweise Dohler sagen hörte und damit das amerikanische Dollar vergleicht, so erkennt man, daß es sich um dasselbe Wort handelt. Was aber das bekannte Dollarsymbol (lateinisches S mit zwei Strichen) betrifft, so ist dessen Herkunft noch nicht einwandfrei festgestellt. Es sind die verschiedensten Vermutungen aufgestellt worden, ohne daß es bisher gelungen ist, das Zeichen einwandfrei zu erklären. Jedenfalls kommt es zum erstenmal in einem 1797 zu Lansingboro gedruckten Rechenbuch von Chauncey Lee, betitelt „The American Accountant“, vor.

Der Dollar wurde 1785 gesetzlich eingeführt mit der Maßgabe, daß er gleich 100 Centis war. Als Silbermünze sollte er das damalige Hauptzahlungsmittel, den alten spanischen Piaster, den sogenannten Säulenpiaster, ersetzen. Durch Gesetz von 1792 wurde das Raub- und Feingewicht bestimmt, so daß er einen Wert von 4,33 Mark hatte. 1837 wurde das Raubgewicht herabgesetzt, der Gehalt aber erhöht, so daß der Standard-Silber-Dollar seinen früheren Wert behielt und die Doppelwährung eingeführt werden konnte. Der Dollar war damals gleich 1,44 norddeutscher Taler oder 2,52 Gulden süddeutscher Währung oder 2,16 Gulden österreichischer Silberwährung. Seit 1849 gab es auch einen Dollar in Gold, der sich aber wegen seiner Kleinheit (er wog nur 1,6 Gramm) nicht bewährte. Schon vorher hatte man Stücke mehrfacher Dollars zu zehn, fünf, zweieinhalb, seit 1849 auch zu zwanzig Dollars geprägt und seit 1853 ein Dreidollarsstück.

1853 wurde die Goldwährung eingeführt. Damit hörte die freie Prägung von Silbergeld auf, denn bei einem Preise von 90 Mark für ein Kilogramm Feinsilber war der Dollar nur mehr 2,16 Mark wert. Der Silberdollar war nur mehr eine Handelsmünze, die in der Hauptsache bloß für den Verkehr mit Nachbarländern geprägt war. 1872 wurde auch die Prägung von Silbergeld durch den Staat wegen aufgegeben.

Um die Bürger von Silbermünzen gegen den Preisfall des Silbers zu schützen, beschloß der Kongress 1878, daß die Regierung monatlich zwei bis vier Millionen Dollars zum Ankauf von Silber verwenden und dieses in Standard-Dollars ausprägen solle. Mit diesem Namen bezeichnete man einen Dollar mit unbeschränktem Zwangskurs. Die neuen Dollars durften gegen Silberzertifikate umgewechselt werden, die bei Zoll- und Steuerzahlungen angenommen werden mußten. Dies geschah auf Grund der noch dem Abgeordneten Mandat benannten Vandalbill, die 1890 durch die Windombill oder Shermanbill abgeändert wurde. Durch diese Maßregel häuften

sich aber die Münzen derart im Staatschatz, daß man 1890 die Prägung aufgab und nur noch bis 1893 beim Silberlauf blieb.

Ursprünglich durften nach einem Verfassungsgrundgesetz wieder die Union noch die einzelnen Staaten Papierdollars ausgeben. Aber man sah sich durch die während der Kriege entstandene finanzielle Bedrängnis veranlaßt, davon abzugehen und auch staatliches Papiergeld auszugeben, das wegen der grünen Rückseite der Scheine Greenbacks (Grünrücken) genannt wird. Schon vorher hatte man sich in der Weise beholfen, daß man zahlreichen Banken gestattete, Papiergeld auszugeben. Solches Papiergeld aber wurde oft wesentlich geringer eingeschätzt als der Silber- und Golddollar. Auch als 1861 ein Zwangskurs für das Unionspapiergeld vorgeschrieben wurde, blieb der Wert erheblich hinter dem Wertgeld zurück. Als dann schon 1862 die Einlösung des Papiergeldes aufgehoben wurde, erlitt dieses einen starken Verlust. Am 11. Juli 1864 erreichte dieser seinen Höhepunkt mit 185 v. S., das heißt für 100 Dollar Gold mußte man damals 185 Dollar Papiergeld bezahlen. Natürlich wurde vielfach mit Gold spekuliert, namentlich in der Zeit des Bürgerkrieges und der nachfolgenden Uebergangszeit. Bei Beginn des Bürgerkrieges war das Gold sehr knapp, und es waren 1869 nur 15 Millionen Dollar Gold im Umlauf, während im Staatschatz noch 25 Millionen Gold in Reserve waren. Erst als am 2. Jänner 1879 die Barzahlungen wieder aufgenommen, das heißt das Unionspapiergeld wieder bar eingelöst wurde, wurden wieder normale Verhältnisse auf dem Geldmarkt herbeigeführt, und der Papierdollar erreichte wieder den vollen Renntwert in Gold.

Seither waren bis zum Weltkrieg die seit 1861 ausgegebenen Unionspapierdollars im allgemeinen Verkehr, abgesehen von Kalifornien, wo die reine Goldwährung beibehalten war, und abgesehen von den Zinsen der Bundesschuld und den Zöllen, die in Gold zu leisten waren. Der Papierdollar wurde dem Golddollar völlig gleichwertig betrachtet, und die Golddollars waren sogar verhältnismäßig selten im Verkehr, weil der praktische Amerikaner das Papiergeld dem Bargeld immer vorzog. So blieb der Zustand bis zum Weltkrieg. Durch die ungeheuren Lieferungen der Vereinigten Staaten nach den Ländern der Entente und nach neutralen Ländern ergoß sich ein solcher Strom Gold aus Europa nach Amerika, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Und diesem Umstand haben wir es zuzuschreiben, daß an Stelle des ehemals den Weltmarkt beherrschenden Sterlings der Dollar die maßgebendste Geldsorte ist und vermutlich noch auf lange Zeit bleiben wird.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	Dollar 2.3975
Paris 100	Schweiz. Frank 16.7400	
Berlin 1	Mark 122.500.000000	
Wien 1	östr. Kronen 2.050.00	

Weget. Kurs am 7. März.

	Gold	Wage
100 holl. Gulden ..	1309.00	1315.90
1 Billion Mark ..	7.88.00	8.08.00
100 belg. Frank ..	119.50.00	121.00.00
100 schwed. Frank ..	619.50.00	613.50.00
1 Pfund Sterling ..	150.67.50	152.07.00
100 Lire ..	150.87.50	152.87.50
1 Dollar ..	35.10.00	35.40.00
100 franz. Frank ..	187.37.50	188.87.50
100 Dinar ..	43.57.50	44.56.00
10.000 ungar. Kronen	4.87.50	5.37.50
1.000.000 poln. Mark	3.40.00	4.20.00
10.000 östr. Kronen	4.88.00	5.08.00

Tages-Neuigkeiten.

Die Willkürherrschaft in der Brehburger Gemeindebesteuerung.

Brag, 7. März. Die Abgeordneten Genossen Paul Wittich, Dr. Czech und Genossen, haben an die Regierung eine Interpellation betreffend den Willkürakt des Obernotars Josef Bellai gelegentlich der Wahl eines Oberbuchhalters bei der Stadt Brehburg gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

In der ordentlichen Generalversammlung im Monate Jänner l. J. hatte die Gemeindevertretung der Stadt Brehburg die Wahl eines städtischen Oberbuchhalters vorzunehmen. Aus diesem Anlaß hat der von der Regierung ernannte Obernotar, Ministerialrat Josef Bellai, unter Berufung auf ein altes ungarisches Gesetz während des Wahlaufes den Vorstoß übernommen, in dieser Eigenschaft die Hälfte der Kandidationsmitglieder ernannt und dann mit seiner die Kandidationskommission majorisierenden Stimme die Aufstellung nur eines einzigen Bewerbers durchgeführt. Trotz des Protestes der Gemeindevertretung gegen diese geschehridrige „Kandidierung“ nahm der präsidierende Obernotar die Abstimmung vor. Von den anwesenden 48 stimmberechtigten Gemeindevertretern erhoben sich nur 14 Mitglieder für den Kandidaten des Herrn Obernotar Josef Bellai, während 34 Gemeindevertreter mit der Absicht sitzen geblieben sind, bei Stellung der Gegenprobe sich zu erheben, also gegen den vorgeschlagenen Kandidaten zu stimmen. Aber Obernotar Josef Bellai erklärte den Kandidaten mit den Stimmen der qualifizierten Minorität als rechtsgiltig gewählt, ohne die Gegenprobe zu stellen.

Diese flagrante Verletzung der Demokratie und des Majoritätsprinzips hat die Gemeindevertretung veranlaßt, den vom Obernotar Josef Bellai ernannten Beschluß, betreffend die Wahl des Oberbuchhalters die Durchführung zu verweigern, die Vornahme eines zweiten Wahlganges zu fordern und nachdem diesem Beschlusse durch die höheren Verwaltungsinstanzen nicht entsprochen wurde, bis zu dessen Erfüllung, keine Gemeinderatsitzungen abzuhalten.

Auf Grund dieses Tatbestandes richteten die genannten Genossen an die Regierung die Anfrage, ob sie bereit ist, den von Herrn Obernotar Josef Bellai verübten Willkürakt außer Kraft zu setzen und den Verstoß gegen die gesetzlich verbrieften Rechte des Selbstverwaltungskörpers der Stadt Brehburg zu sühnen. Weiter fragen sie, welche Maßnahmen der Herr Minister zu ergreifen bereit ist, um zu verhindern, daß die Rechte der Gemeindevertretung durch vom Staate ernannte Organe nicht gebührend respektiert werden.

Rassenhüter als Ärzte.

Der christliche Kurs in Ungarn und der öffentliche Gesundheitszustand in Budapest.

Der städtische Oberphysikus von Budapest Dr. Johann Begg erstattete dem Budapest Stadtrat einen Bericht über den Stand der öffentlichen Gesundheit im Jahre 1923, in dem er sich sehr eingehend mit den Zuständen beschäftigte, die einen wirkungsvollen Abwehrkampf gegen die Infektionskrankheiten unmöglich machen. Er übt darin eine sehr scharfe Kritik an der „jüngeren Ärztegengeneration“, wobei er allerdings zu sagen vergißt, daß diese „Ärztegengeneration“ die Frucht des „christlichen“ Kurses ist, der sowohl in der Kommunalpolitik als auch auf den Universitäten und auf dem ganzen Gebiet der öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege herrscht.

Der von den Hausherren beherrschte Gemeinderat und die den Kapitalisten hörige Nationalversammlung sehen eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin, die spärlichen Reste des Mieterschutzes abzubauen und den „freien Wohnungsmarkt“, wie der Hauswucher verschämt genannt wird, wieder herzustellen — mit dem Ergebnis, daß die Tuberkulose ununterbrochen zunimmt, daß der größte Teil der Arbeiterschaft in überfüllten Wohnungen lebt, daß es gar keine feltene Erscheinung ist, daß zwei, drei Menschen in einem Bette schlafen. Die Mietsinse mühen im Laufe dieses Jahres fünfzig Prozent der Goldparität erreichen, verkündet der Minister für Volkswohlfahrt, in einem Lande, wo die Löhne heute im Durchschnitt nur ein Drittel der Friedenslöhne betragen. Der Stundenlohn des bestbezahlten Facharbeiters beträgt heute etwa fünftausend (ungarische) Kronen; derselbe Arbeiter hatte im Frieden einen Stundenlohn von achtzig bis neunzig Goldscheller. Damals konnte er mit diesem Lohne vier Kilogramm Brot oder ein halbes Kilogramm Sped kaufen. Heute muß er drei Stunden arbeiten, um den Gegenwert von vier Kilogramm Brot zu erarbeiten.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Widerstandsfähigkeit gegen die Infektionskrankheiten abnimmt. Die durch die sozialen Verhältnisse verelendeten Menschen geraten dann, wenn sie erkranken, in die Hände von Ärzten, die nichts Ordentliches gelernt haben und die von Lehrern und Spitalärzten errogen werden, denen nicht die ärztliche Wissenschaft, sondern die politischen Leidenschaften das Allerwichtigste sind. Nach dem Siege der Konterrevolution wurde nicht nur der Numerus clausus auf den Universitäten eingeführt, sondern es wurden fast alle verdienstvollen Ärzte, Professoren, Abteilungsleiter der öffentlichen Krankenhäuser, wenn sie politisch verdächtig oder gar Juden waren, vertrieben, um gläubensstrammen, aber unwissenden Strebern Platz zu machen.

So entwickelten sich Verhältnisse, die geradezu haarsträubend sind. Der Oberphysikus Johann Begg, selbst eine Kreatur dieses „christlichen“ Kurses, berichtete zum Beispiel, daß im vergangenen Halbjahr in den Infektionspitälern 165 Scharlachranke aufgenommen wurden, deren Krankheit vorher von dem behandelnden Arzt nicht erkannt ward, die also so spät in das Krankenhaus kamen, daß ihnen nicht geholfen werden konnte, und die auch die Möglichkeit hatten, ihre Umgebung anzustecken. Kinder, die an Scharlach erkrankt waren, konnten ihren Schulbesuch weiter fortsetzen und so ganze Schulen verfeuchten. Auf einer Abteilung für Frauenkrankheiten starben Säuglinge und gebärende Mütter massenhaft, weil ein Märschfall nicht rechtzeitig erkannt wurde. Der Bericht eines Bezirksarztes wandert fünf bis sechs Tage von einem Amt in das andere, bis die Verfügung getroffen wird, daß der Kranke in ein Spital gebracht werde. Man kann sich leicht vorstellen, wie die Dinge in der Provinz liegen, wenn in Budapest solche Zustände herrschen!

Die Lage wird sich aber immer mehr verschlechtern, weil ja erst jetzt die junge Generation der im Geiste des „Rassenschutzes“ erzogenen Ärzte die Universität verläßt und in das praktische Leben eintritt. Die „Studienjahre“ sind damit verbracht worden, Sozialisten, Juden, Demokraten aus den Lehrstühlen hinauszuprügeln, die friedlichen Straßenpassanten zur Ausweisleistung aufzufordern und sie blutig zu schlagen. In einer solchen „wissenschaftlichen“ Atmosphäre wird natürlich nichts Ordentliches gelernt, nichts gelehrt, und das Ergebnis sind eben diese Zustände, wie sie der rassenhüterische Oberphysikus von Budapest enthüllt habe.

Auf zu neuer Arbeit!

Seit Jahrtausenden gibt es in den verschiedensten Formen der menschlichen Wirtschaft die verschiedensten Arten abhängiger Arbeit. Mit dem Wechsel ihrer Erscheinungsform, die sich den jeweilig vorherrschenden Produktionsformen anpaßt, vollzieht sich ein steter Wandel in der sozialen Stellung des abhängigen Arbeiters. Der Sklave des antiken Staates unterstand wie irgendein Arbeitstier mit Leib und Leben der Gewalt seines Herrn. Der Leibeigene des Feudalherrn gehörte zum Grund und Boden des Besitzers. Er war ihm tributpflichtig. Sklaven und Leibeigene standen dafür aber im Sorgenbereich ihres wirtschaftlichen Gewalthabers, das heißt, er war verpflichtet, für ihr leibliches Wohl Sorge zu tragen. Der Handwerksgehilfe des Mittelalters ist durchweg als werdender Meister zu betrachten. Zwang schuf für ihn nur die straffe Disziplin der Zünfte. Er galt im Hause des Meisters als Familienmitglied. Neben freier Beschäftigung erhielt er für seine Arbeitsleistung einen Lohn, den er zumeist als Sparpfennig für die Zukunft betrachtete.

Die kapitalistische Wirtschaftsepoche, deren Grundlage die freie wirtschaftliche Betätigung aller Individuen ist, hat auch dem Lohnarbeiter angeblich völlige Freiheit gebracht, indem sie die staatlichen und sozialen Fesseln, das heißt jeglichen Arbeitszwang von ihm abgestreift hat. Jeder Arbeiter weiß jedoch heute, daß diese Behauptung eine freie Erfindung ist. Wohl steht es in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur dem Arbeiter frei, seine Arbeitskraft diesem oder jenem Kapitalisten zu verweigern, wohl kann er vielleicht eine Zeit sein Leben fristen, ohne überhaupt seine Arbeitskraft auf den Markt zu werfen, aber diese Zeit kann, will er nicht schließlich verhungern, doch nur von ganz geringer Dauer sein. Auf Gedeih und Verderb ist er, wenn auch nicht mit dem einzelnen Kapitalisten, so doch mit dem kapitalistischen System verknüpft. Jeglicher Güter durch dieses System enteignet, besitzt er nichts als seine Arbeitskraft, die er als Austauschmittel gegen notwendig von ihm gebrauchte Waren auf den Markt wirft und sie somit selbst zur Ware gestaltet. Diese Tatsache ist für die Beurteilung der Frage der Lohnarbeit von großer Bedeutung.

Die Anfänge der modernen Arbeitergewerkschaften liegen in der Zeit, in der es den Proletariern mit unheimlicher Gewißheit klar wurde, daß sie mit der Lohnarbeit wie mit einem unentrinnbaren Schicksal verknüpft waren. Es war die Geburtszeit des modernen Kapitalismus. Zwar gab es schon seit dem Mittelalter die Bruderschaften der Handwerksgehilfen, zwar konnten dieselben auf eine ganze Reihe befristeter, zum Teil blutiger Kämpfe um Zunftrechte und auch um Arbeitsbedingungen zurückblicken. Sie konnten aber trotzdem nicht die unmittelbaren Vorläufer der entstehenden Gewerkschaften sein, weil sie bedingt waren durch das zünftlerische Handwerk, auf dessen Wesen sie um deswillen auch eingestellt waren.

Der Kampf der Gewerkschaften zielte letzten Endes darauf hin, den Verkäufer der Ware Arbeitskraft aus der degradierenden Tatsache nur Objekt der Wirtschaft zu sein, zu befreien und ihn zum Subjekt, zum arbeitenden Menschen, zum vollwertigen Gliede der Gesellschaft zu machen. Der volle Wert eines für die Gesellschaft schaffenden Menschen kann aber erst ausgegahlt werden durch ein Verhältnis, das die Interessen der Gesellschaft, das heißt unter der wirtschaftlichen Verfassung der Gleichberechtigung. So betrachtet, ist also die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie nicht nur ein Schrei nach sozialer Gerechtigkeit, sondern zugleich ein Verlangen von außerordentlicher ökonomischer Bedeutung.

Eine im Interesse der Gesamtheit liegende Gesundheit unserer Wirtschaft kann nur eintreten, wenn alle körperlichen und geistigen Kräfte, die unserer Gesellschaft zur Verfügung stehen, in den Produktionsprozeß ihrer Eignung entsprechend eingespannt werden; wenn ferner die Lohnarbeit von heute, die der Arbeiter nur um seines Arbeitsverdienstes willen leistet, abgelöst wird durch einen lebendigen sozialistischen Arbeitsprozeß, dessen stärkstes Motiv der Gedanke der Solidarität und dessen Ergebnis eine geistige Verbindung des Arbeiters mit seiner Arbeit und darum Arbeitsfreude und höchster Arbeitsertrag ist.

Dieses große geschichtliche Problem zu lösen, ist die Gegenwart's und Zukunftsaufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Es gibt keinen anderen sozialen Faktor der dazu berufen wäre. Fast unübersteigbare Schwierigkeiten gibt es dabei zu überwinden. Der Kapitalismus hat sich durch Kartellierung, Konzernierung und Ueberfremdung gewaltige Bundesgenossen im Kampf gegen den Sozialismus geschaffen. Soll der Gedanke der Gemeinwirtschaft siegen, und er muß es, so ist Voraussetzung, daß diese gewaltigen gewerkschaftlichen Körper bis in ihre letzten Glieder volle Erkenntnis der Dinge schaffen und daraus den Willen zur historischen Tat erstehen lassen.

Das erkennen, heißt dafür Sorge tragen, daß die Gewerkschaften zu einer noch viel umfassenderen

Größe und Ausdehnung werden, daß sie sich zu einer festgefügtten Gesamtverbänden aller Hand- und Kopfarbeiter im modernen kapitalistischen Produktionsprozeß entwickeln, deren sämtliche Glieder in unablässiger Aufklärungs- und Bildungsarbeit mit dem Bewußtsein ihrer großen geschichtlichen Mission erfüllt werden. Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die in der Tschechoslowakei in den letzten Monaten eingetreten ist, wird die Kräfte der Gewerkschaften, die zur Bewältigung ihrer Aufgaben notwendig sind, mehr, und fester geworden. Arbeiter wieder den Gewerkschaften zuführen. Mit gestärkten Hoffnungen können wir daher an die Arbeit gehen!

Der Dilettantismus der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung.

Ein Gemisch von Spaltungsdrohungen und Einheitsbeschwörungen.

Von J. Dudgee st, Sekr. d. Intern. Gewerkschbd.

Im Roten Gewerkschaftsbulletin (R. G. B.) vom 15. Februar veröffentlicht das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale (R.G.I.) zwei Aufrufe, in denen die deutschen Arbeiter und das ganze Weltproletariat mit den üblichen hochtrabenden Phrasen zum Kampf gegen das Kapital, für den Achtstundentag usw. aufgerufen werden.

Wenn nicht zum Schluß mitgeteilt würde, daß die R. G. I. zu Gunsten der deutschen Genossen 20.000 Dollar bewilligt hat (die Amsterdamer „Sozialverräter“ brachten etwa 500.000 Gulden auf), so könnte man wirklich meinen, die Aufrufe seien nur abgefaßt worden, um wieder einmal nach Herzenslust über Amsterdam schimpfen zu können, was ja bekanntlich vom politischen Rechts der Moskauer gehört.

Während diese Aufrufe, die kein einziges praktisch mögliches und planvolles Mittel angeben, die papierene Kunde in der Welt machen, treffen die freudigen Nachrichten vom Sieg des Achtstundentages in Belgien und der Schweiz und von den Bestrebungen zur Festigung des Achtstundentages seitens der englischen Regierung ein.

Für das Weltproletariat sind dies seit langer Zeit die ersten erfreulichen Boten von positiven Erfolgen. Ihre große Bedeutung und das Symptomatische liegt u. a. in der Tatsache, daß sie Länder betreffen, wo die Kommunisten einen geringen oder überhaupt keinen Einfluß haben. Die Erfolge kommen auf das Konto der Disziplin der Arbeiterbewegungen dieser Länder und auf dasjenige des „Amsterdamer Gewerkschaftsgefändels“. Es wäre vielleicht sogar etwas zu Gunsten der Demokratie zu sagen und man könnte sich darüber freuen, daß in einem Lande wie die Schweiz, wo jeder Bürger seine persönliche Meinung in die Urne legt und Abstimmungen keine Vergewaltigungsmanöver sind, der Achtstundentag gesiegt hat, und zwar auch deshalb, weil die Idee des Achtstundentages, wie wir hier schon früher gesagt haben, in den großen Massen des Gesamtvolkes verankert ist. Wir sind uns jedoch darüber klar, daß der Erfolg vielleicht doch nicht eingetreten wäre, wenn nicht eine gewaltige Erziehungsarbeit und eine von jeglicher Plunkerei freie Wirksamkeit der Arbeiter als geeinigte Klasse vorangegangen wäre. Deshalb ziehen wir daraus die Lehre, daß diese Erziehungsarbeit mit erhöhter Kraft fortgesetzt und die Disziplin in den Organisationen weiter gefestigt werden muß.

Nach dieser Gegenüberstellung könnten wir ruhig zur Tagesordnung übergehen. Denn diese Tatsachen und Schlussfolgerungen sind die einzigen Erwägungen, die für den Wirklichkeitssinn der großen Massen in Betracht kommen.

Wenn wir noch Einiges hinzufügen, so deshalb, weil uns Losowsky, der Vorsitzende der R. G. I., in einem in der Internationalen Pressekorrespondenz vom 19. Februar veröffentlichten Artikel „Die Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften und Betriebsräte“, so schön Gelegenheit gibt, festzustellen, was in einem Lande geschieht, das ihm besonders am Herzen liegt.

Es ist Deutschland. Die deutsche Revolution, die als Overtüre zur sagenhaften Weltrevolution gedacht war, ist nicht programmgemäß ausgebrochen. Darob Palastrevolution in Moskau und große Suche nach Zündentzündungen. Neugruppierungen und Einklinkerungen in Deutschland. Manifeste und Artikel. Sinowjew, der Oberkommunist und Prophet der III. Internationale, der seit Jahren die deutsche Revolution mit mathematischer Sicherheit vorausgesagt, trotzdem es die Spanen von den Dächern pfliffen, daß man sich bei solchen Erwägungen argen Täuschungen und neuen Fehlschlüssen hingibt, die einem geschichtlich nur halbwegs geschulten Europäer nicht passieren dürfen, muß nun lange Rückzugartikel lassen und zugeben, „daß die revolutionäre sich geändert haben und sich noch ändern werden“. Die im Oktober letzten Jahres aufgestellte These, wonach der bewaffnete Aufstand nur noch „eine Frage von Wochen sei“, wird aufgegeben und Sinowjew sagt seinen Kameraden von der kommunistischen Partei Deutschlands, die jedenfalls überhaupt nie ernsthaft an die Revolution geglaubt

haben, „die Vorgänge hätten bewiesen, daß seine Erwartungen übertrieben waren“.

Losowsky spricht für die Gewerkschaftsbewegung, bei der der Art der Sache nach die Dinge konkretere Formen annehmen und sich konkreter auswirken. Da die meisten der politischen Herren nicht recht wissen, was eine Gewerkschaft ist, sieht jeder das Heil in einer anderen Formel. Die Spaltungs- und Einheitsfrage ist in Deutschland in ein akutes Stadium getreten. Es geht hart auf hart.

Losowsky ist allerdings dabei nicht so sehr bestrebt, die von allen als schädlich betrachtete Spaltung zu vermeiden, sondern es handelt sich vor allem darum, die Spaltungsabsicht womöglich dem andern in die Schuhe schieben zu können. Sein Artikel ist deshalb ein Gemisch von Spaltungsdrohungen und Einheitsbeschwörungen. Wir finden in bunter Folge zunächst z. B. die „aufmunternde“ Feststellung, daß „doch in einigen Ländern schon jetzt die Arbeiterklasse parallele, revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen schafft“, und daß man doch wahrhaftig „anstande sei, das reformistische Gewerkschaftsgefändel über den Haufen zu werfen“. Dann heißt es in einem anderen Abschnitt dafür wieder: „Keiner von uns will parallele Gewerkschaften, weil wir alle wissen, daß sie ein Uebel sind.“ Bläulich bleibt dann aber „nichts anderes übrig, als einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen und neue, von der Bourgeoisie unabhängige Gewerkschaften zu gründen“. Die Berechtigung dazu leitet Losowsky von der von den Kommunisten im letzten Jahre gelieferten Arbeit und den durch ihre Lokalerungen Erfolge her. Als Haupterfolg bezieht er an anderer Stelle die Weimarer Konferenz der kommunistischen Gewerkschaften, obwohl er nachher in Fettdruck zugibt: „Die Bedeutung der Weimarer Konferenz besteht vor allem darin, daß sie überhaupt zustande gekommen ist“. Auf Grund dieser Erfolge müsse man zugeben, daß kein Grund vorliegt, die eingeschlagene Taktik zu ändern, so gar wenn es zu einer Spaltung kommen sollte“.

Wir könnten darauf erwidern, daß dieses Gezeret wirklich überflüssig ist. Wenn man weiß, daß es in der deutschen Gewerkschaftsbewegung schon lange selbständige kommunistische Zellen gibt, die ihre eigenen Beiträge, Organe usw. haben, so ist die Spaltung sozusagen nur noch die offizielle Bestätigung eines seit langem getriebenen Unfugs. Wir könnten uns wieder in die endlosen Debatten mischen, die seit Monaten die einzige Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung sind und sich in der Spaltungs- und Einheitsfrage auf die Formel bringen lassen: der andere ist schuld.

Wir tun es nicht, weil wir wissen, daß sich schließlich auch Losowsky über Folgendes klar sein muß: Wenn zwei Gruppen eine Einheitsfront bilden, so heißt das, daß sie miteinander in einer Front kämpfen. Dabei erheben die primitivsten Forderungen der Strategie, daß nützlich im Kampfe — und in einem solchen befindet sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt gegenüber den Kapitalisten — die Formationen nicht neu gebildet und die ganze Leitung von unten bis oben „fallengelassen und hinausgeworfen“ werden kann und soll, obwohl wir andererseits die Wichtigkeit des Einzubekommens kampftüchtiger Elemente sicher nicht verkennen. Losowsky muß dies umso besser wissen, als ja auch die „Garde Lenins“ in Russland, die sich nun in einen gewissen Apparat eingearbeitet hat und findet, das Ganze sei wichtiger als Haarpalatriere, gegenüber dem „neuen Kurs“ sagt, es sei jetzt nicht die Zeit für immer wieder neue Experimente.

Wir werden in dieser Auffassung gerade durch den Artikel Losowskys bekräftigt, in dem dieser seinen Schülern in Deutschland gegenüber nichts mehr und nichts weniger verteidigen muß als die Idee der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt. Man will in den Kreisen der linken Kommunisten in Deutschland die Gewerkschaften überhaupt zum alten Eisen werfen und Losowsky muß einschreiten und schreiben: „Die Gewerkschaften sind nicht etwa durch einen Zufall entstanden und sie spielen keine zufällige Rolle in den sozialen Kämpfen. Die Arbeiterklasse kann nicht eines schönen Tages die Gewerkschaften von sich abwerfen wie man ein altes Hemd abwirft; denn die Gewerkschaften sind das organische Produkt einer ganzen historischen Epoche. Nicht nur in der Vergangenheit spielten sie eine bestimmte und wichtige Rolle, sondern sie spielen sie noch immer und werden in der nahen Zukunft noch eine weit wichtigere Rolle zu spielen haben“. Und solche Leute, die die Gewerkschaften abschaffen wollen, um ihre Unkenntnisse in gewerkschaftlichen Dingen zu vertuschen, sollen den Gewerkschaften die Richtlinien geben, wenn die Sozialverräter „hinausgeworfen oder kaltgestellt“ sind. Dies zeugt für den ganzen Dilettantismus in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung.

International steht die Sache nicht viel besser. Losowsky ruft mit einem Stößsenzer aus: Seht die Amsterdamer! Wir sind gezwungen, zuzugeben, daß die Amsterdamer überall die gleichen sind“. Dies gibt ihm den Anlaß, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ob man nicht allmählich dazu übergehen sollte, „die Dinge vom internationalen Gesichtspunkte aus zu betrachten“. Nach bald drei

Jahren seit der Gründung der R. G. I. könnte es in der Tat nichts schaden, die Dinge international zu betrachten, d. h. in Berücksichtigung der einzelnen Faktoren und Möglichkeiten der einzelnen Länder.

Anstatt lange Manifeste in die Welt hinauszuschleudern, in welchen man feststellt, daß man von der Praxis und Theorie der Streiks eigentlich nichts wisse und daran gehen könnte, die Frage wissenschaftlich zu studieren, während man in der Praxis wahl- und planlos da für den alleinseligmachenden Generalstreik und dort für Teilstreiks ist, könnte Losowsky in seinem löblichen Wert forschen und auch den kommunistischen Gewerkschaftlern anderer Länder ein wenig die Leiden lesen.

Er könnte diese Erfolge in einer Broschüre zusammenfassen und wir würden ihm die nötigen Kommentare liefern und ihn auf die Fehler aufmerksam machen, die er sich selbst dabei in kommunistischer Verkennung der Psyche des westeuropäischen Arbeiters zuschulden kommen läßt.

Da er seine unfolgsamen „Jünglinge“ in Deutschland wie der Lehrer in der Schule sowie dazu verurteilt, ein Jahr lang täglich Lenins Broschüre „Der Radikalismus, die Kindertrauer des Kommunismus“ zu lesen, könnte er dieser seine Broschüre „Aus der Kindertrauer der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung“ beifügen und sie auch zu einem Ruh und Frommen unter sein Kopfkissen legen.

Bürofitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In der Bürofitung des J. G. B. am 28. und 29. Februar und 1. März wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien soll ein Entwurf für neue Satzungen unterbreitet werden; der Text dieses Satzungsentwurfs wurde festgestellt. — Joubert und Dubouche wurden bestimmt, mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale über die weitere Behandlung der Fragen des Achtstundentages, der internationalen sozialen Gesetzgebung und des Garantievertrages zu verhandeln. — Gelegentlich des Internationalen Gewerkschaftskongresses soll nicht wie bisher, eine Konferenz der Internationalen Berufssekretäre, sondern der Internationalen Berufssekretariate einberufen werden, jedoch mit der Einschränkung, daß kein Sekretariat mehr als drei Vertreter entsenden darf. — Für die unmittelbar vor dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien anberaumte Internationale Arbeiterinnen-Konferenz wurde die Tagesordnung festgestellt. — Wegen Schaffung von Rechtschutz für ausländische Arbeiter soll mit den Landeszentralen in Verbindung getreten werden. — Auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses soll noch die Frage der Sozial-Attache's gefaßt und einem englischen Delegierten die Berichterstatterung übertragen werden. — Ueber die Verhandlungen der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz 1923 in Wien soll ein kurzes Protokoll herausgegeben werden. — Zum letztständigen Gewerkschaftskongreß am 8. und 9. März und zum jugoslawischen Gewerkschaftskongreß am 27. und 28. April wird Sassenbach entsandt; zum Weltkongreß der Bäcker, der am 23. und 24. April in Bern stattfindet, Joubert. — Das Antwortschreiben des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, betreffend die Einheitsfront, wird zur Kenntnis genommen. Eine Antwort unsererseits soll nicht erteilt werden; die nächste Vorstandssitzung wird sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Gewerkschaften und Politik. Der Kongreß der französischen Beamtengewerkschaften, der eben in Paris gelagt hat, faßte einen Beschluß von außerordentlicher Bedeutung. Während sich in Frankreich die Gewerkschaften bisher jeder politischen Betätigung enthalten haben und eifersüchtig auf die Wahrung ihrer vollen Unabhängigkeit von den politischen Parteien bedacht waren, haben die Beamtengewerkschaften nunmehr beschlossen, an dem bevorstehenden Wahlkampf aktiv teilzunehmen, um eine Wiederkehr der jetzigen Kammermehrheit zu verhindern. Man hat sich auf kein bestimmtes Parteiprogramm festgelegt, aber beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die vom Bloch der Linken angestrebten politischen Ziele einzutreten. Die Haltung der Regierung, die den Gewerkschaften die Anerkennung als Vertretung der Beamtenenschaft verweigert und die Gewerkschaftsführer in der gehässigsten Weise verfolgt, wurde in der schärfsten Weise angegriffen. Alle Redner versicherten, daß die Gebuld der Beamten erschöpft sei und der Abwehrkampf der Beamten mit größerer Energie als bisher geführt werden müsse.

Die Pan-Amerikanische Arbeiterföderation. Gelegentlich des Bürgerkrieges in Mexiko ist wiederholt von der Pan-American Federation of Labor die Rede gewesen. Diese Organisation ist ein loser Zusammenschluß der Gewerkschaftszentralen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Mexiko, Guatemala, Honduras, Costa-Rica, El Salvador, Nicaragua, Ecuador, Colombia, Peru und San Domingo. Sie wurde im Jahre 1918 ins Leben gerufen und hat 1919 und 1921 Kongresse abgehalten. Der nächste Kongreß soll im Dezember dieses Jahres in Mexiko stattfinden. Vorsitzender ist der Präsident der America Federation of Labor, Samuel Gompers; der Sitz ist Washington.

Im Bagné.

Vor etwa zehn Jahren erschien von Dr. Robert Heindl ein Werk „Meine Reise nach den Strafkolonien“, in dem der deutsche Kriminalfachmann auf Grund seiner Erfahrungen in französischen, australischen und spanischen Verdingungs-ländern über das Deportationssystem den Stab brach. Jetzt schüttelt ein Franzose, Albert Londe in seinem Buche „Au Bagné“ (Albert Michel, Paris 1923) vor uns die Eindrücke aus, die er während eines einmonatigen Aufenthaltes in Französisch-Guyana zu sammeln schauerliche Gelegenheit hatte. Es sind Aufzeichnungen, Stenogramme, Momentphotographien, Filmaufnahmen eines Menschen mit rechtem Journalistenblut in den Adern, der das Wesentliche zu sehen und das Bekannte festzuhalten weiß. Aber nicht die Form, nicht der Gabenne-Pfeffer beiderer Sprache, mit dem das Ganze überflutet ist, sondern der Stoff reizt diese rüchichtslose Schilderung unter die unvergesslichen Bücher ein. Auf diesen Seiten fällt einmal das Wort: Die Welt besteht aus drei Dingen, Himmel, Erde und Bagné. In der Tat verblaßt jedes Inferno der Literatur vor diesem grauen Pandämonium der Wirklichkeit. Da sind bestechliche, sogar erpresserische Wärter und schlimmer als sie die Neglements wie alles Patrene und Paraphrasen, das über lebendige Menschen gestiftet ist, da die Sträflinge, die in der Mühle des Bagnés unbarmherzig kleingeschrotet werden, da die Cochot-Inassen, die ein neues Vergehen, meist einen Mordversuch, in schmalen Zellen, wahren Zärgen — zwanzig Tage jeden Monat in voller Dunkelheit! — abtun, da die Freigekessenen, die nach dem Gefes die Zeit ihrer Strafe noch einmal in der Kolonie verbringen müssen und wie herrenlose Hunde hungrig und stehend umherlungern, da die Geistesgestörten, die Leprosanen, die Paralytiker, Tuberkulösen, Krüppel, deren Behandlung, deren Nichtbehandlung an die Zeiten der Barberei ohne Ärzte und Apotheker erinnert; die Hauptapotheke in Saint-Laurent erhielt im Juli 1923 die Befestigung der 1921 verschriebenen Heilmittel! Die Deportierung ein Hebel moralischer Besserung? Lieber Himmel! „Das Bagné ist eine Unheilfabrik, die ohne Plan und Maß arbeitet. Vergebens sucht man die Formen, nach denen der Sträfling gemodelt würde. Sie begnügt sich damit, ihn zu zermahlen.“ Moralische Besserung? „Das Bagné ist Sodom und Gomorrah — unter Männern.“ Detonte schon Heindl, der Französisch-Guyana nicht kannte, die vollkriminalistische Unbegreiflichkeit der Sträflingsarbeit, so hebt Londe auf jeder Seite seines Buches die gleiche Erkenntnis hervor. Trabanz jorés — das heißt Zwangsüberwachung, Zwangsabmagerung, Zwangsarbeit, Zwangskrankheit, alles, nur nicht Zwangsarbeit! Sechzig Jahre ist Guyana Strafkolonie; Generationen von Sträflingen sind hindurchgegangen, aber nirgends eine Spur, daß bis heute 47.000 Weiße zur „Arbeit“ hier gezwungen haben; nicht einmal ihre Gräber sind zu sehen. Oder doch eine Spur! Eine einzige Straße gibt es; ein halbes Jahrhundert wird daran gebaut; vierundzwanzig Kilometer sind schon fertig! Da Londe sie besichtigt, findet er an ihrem Ende „nicht ein Arbeitslager, sondern ein Spülsack, in das man Menschen wirft, die nicht mehr an die Oberfläche kommen“, und er stellt die bittere Frage, ob man vorhat, mit dieser Tätigkeit eine Straße zu bauen oder Menschen verrecken zu lassen. „Will man Menschen verrecken lassen, dann ja nichts ändern! Die Sache läuft! Will man eine Straße bauen...“ Wenn Albert Londe's Geschichte, daß für ihn foran Justitia eine Göttin sei, deren Bild er nicht mehr ertrage und daß er die innere Fähigkeit verloren habe, auf einer Geschworenenbank zu sitzen, so wird es manchem Leser seines Buches, das eine leidenschaftliche, eine erschütternde Aufgabe ist und sein will, nicht anders gehn...

Hermann Wendel.

Eine äußerst wichtige Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes. Mit der Erziehung der landwirtschaftlichen Krankenkasse in Bilitz meldete auch das landwirtschaftliche Lagerhaus in Bilitz keine Arbeiter und Angestellten bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse unter dem Hinweis an, daß diese Unternehmung als ein landwirtschaftlicher Betrieb zu betrachten ist. Die Behörde erster Instanz ist auch dieser Auffassung beigetreten, doch nach fast vierjähriger Prozeßführung hat nun am Dienstag das Oberste Verwaltungsgericht über diese Frage entschieden und ausgesprochen, daß für das Personal des landwirtschaftlichen Lagerhauses nicht die landwirtschaftliche Krankenkasse, sondern die Bezirkskrankenkasse Versicherungszuständig ist.

Wohlfahrts-Effekten-Lotterie der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. Wir werden uns Ausnahme folgender Zeilen ersucht. In Anwesenheit des Regierungsvertreter und Notars fand am 29. Februar d. J. um 10 Uhr vormittags die öffentliche Ziehung dieser Lotterie im Sitzungssaal der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg statt. Laut Ziehungsliste umfaßte die Lotterie im Sitzungssaal der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg fünf Haupttreffer im Werte von 205.000 K, drei Treffer im Werte von je 1000 K, vier Treffer im Werte von je 500 K, 25 Treffer im Werte von je 200 K, 150 Treffer im Werte von je 100 K, 1000 Treffer im Werte von je 50 K, 1000 Treffer im Werte von je 20 K. Die wichtigsten Treffer zogen folgende Nummern: Erster Haupttreffer im Werte von 150.000 K: 196388 (vollständige zwei Wohnzimmern- und Kücheneinrichtung). Der erste Haupttreffer wird über Wunsch des Gewinners abzüglich der gesetzlichen 30prozentigen Gebühren abbezahlt. Zweiter Haupttreffer im Werte von 30.000 K: 64558 (Konzerthaus). Dritter Haupttreffer im Werte von 20.000 K: 160146 (Heizungs-Waschanlage). Bier-

ter Haupttreffer im Werte von 5000 K: 205155 (Gerren- bzw. Damen Bekleidung nach freier Wahl des Zwerdes). Treffer im Werte von 1000 K: 19149 (Wintersportausrüstung) 15194 (Nähmaschine) 104382 (Fahrrad). Treffer im Werte von 500 K: 134898 262087 279304 47748. Treffer im Werte von 200 K: 2058 12436 40763 48955 60219 66794 88537 91937 104858 107827 111054 116535 116855 118599 135449 141147 146804 194277 211656 214267 227253 230295 273480 281543.

Die Infulin-Einfuhr freigegeben. Laut Erlass des Gesundheitsministeriums ist die Einfuhr von Infulin an Firmen oder Personen, die berechtigt sind, mit Arzneimitteln zu handeln, ohne Bewilligung gestattet. Die Einfuhr für Privatpersonen ist nur auf Grund eines Besuches möglich, welches an die politische Landesbehörde zu richten ist und außer genauen Daten auch durch ein ärztliches Attest gestützt sein muß.

Vor dem Eisgang. Von den Prager städtischen und militärischen Behörden wurden bereits die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der Ueberschwemmungsgefahr durch die Eismenge sowie die Beschädigung der Prager Brücken durch den Eisgang getroffen. Eine Genietruppe hat die Eisfläche an sämtlichen Brückenpfeilern aus, um einen leichteren Eisgang zu ermöglichen. Das Eis auf der Moldau hat sich bereits in Bewegung gesetzt, kam jedoch vor Branik zum Stocken. Das Militär wird die aufgestapelte Eismenge sprengen. Die an der Moldau liegenden Wohnungen bei Prag wurden bereits geräumt. Eine unmittelbare Gefahr besteht jedoch nicht, da der Wasserstand nur ganz langsam steigt.

Mord. In der Nacht zum Dienstag brang ein unbekannter Mann in die Wohnung der 35jährigen, verwitweten Gastwirtin Christine Klos in Barndorf ein, bedrohte sie mit schußfertigem Revolver und verlangte die Herausgabe des Geldes, wobei er einen Schuß auf die Frau abgab, die in die Brust getroffen, niederfiel. Sodann feuerte er auf sie noch einen zweiten Schuß ab und floh dann. Christine Klos ist ihren Verletzungen erlegen.

Macdonalds Glaube an den sozialistischen Staat. Macdonald hielt in einer anlässlich der Tagung des Nationalrates der freien Kirchen in Brighton abgehaltenen großen Versammlung eine Rede, in welcher er erklärte: Wir sind heute aufgefordert worden, unseren christlichen Glauben bei der Lösung der sozialen Probleme anzuwenden. Die Christen müssen ihre Gedanken darauf lenken, eine Lösung des Armutproblems zu suchen. Das Ergebnis ihres Studiums sollte eine große Konzeption der sozialen Rekonstruktion auf dem Wege des evolutionären Sozialismus sein. Macdonald glaubt an einen sozialistischen Staat und schämt sich weder für denselben, noch fürchtet er ihn. In Besprechung des Verhältnisses eines Volkes zum anderen erklärte Macdonald, „daß die Völker schon von allem Anfang an den Versuch machten, sich mit einem Knüttel Sicherheit zu verschaffen. Das menschliche Gehirn hat nach Jahrhunderten seine Genialität daran erprobt, aus diesem Knüttel einen Aeroplan zu machen. Es ist ihm dies gelungen. Wir sind aber mit dem Knüttel waren“.

Bürokratische Verwaltungskunst. Im Wipblatt unserer reichsdeutschen Genossen erzählt der Direktor eines kleinen bayrischen Amtsgerichts: „Früher war es üblich gewesen, daß die griffelsten Messer, Revolver und andere Waffen, die zur Ausführung strafbarer Handlungen benützt und dann eingezogen worden waren, allvierteljährlich meistbietend versteigert wurden. Da entstanden jedoch an maßgebender Stelle Bedenken, ob es geraten sei, durch dieses Versteigern von Waffen das Waffentragen zu fördern, und es wurde angeordnet, daß künftig die im Wege des objektiven Verfahrens eingezogenen Waffen vernichtet werden müßten. Davon hörte noch einiger Zeit ein Abgeordneter, und er äußerte im Landtag Bedenken, ob es geraten sei, durch das Vernichten der einen ansehnlichen Wert darstellenden Waffen dem Staatsfiskus eine Einnahme zu entziehen. Und es wurde angeordnet, daß künftig die eingezogenen Waffen wieder zu versteigern seien. Da entstanden jedoch an maßgebender Stelle Bedenken — (siehe oben!).“

Sturmjener in der sächsischen Kammer. Im sächsischen Landtag kam es am Donnerstags tag zu Szenen, wie sie in deutschen Parlamenten nicht alltäglich sind. Zwei kommunistische Abgeordnete waren in der letzten Sitzung durch den Präsidenten wegen dauernder Ruhe störung ausgeschlossen worden, waren aber dennoch heute im Sitzungssaal erschienen und wickelten sich freiwillig den Saal zu verlassen. Nachdem sie mehrfach hie u aufgefordert worden waren, erschienen Kriminalbeamte mit uniformierten Polizisten im Saal und versuchten die beiden Abgeordneten gewaltsam heraus zu drängen, was ihnen erst nach einer förmlichen Schlägerei mit den übrigen Kommunisten gelang. Das alles spielte sich unter stürmischer Bewegung und Beteiligung der Tribüne ab. Erst nach stunden langer Unterbrechung konnte der Landtag in die sächsischen Beratungen eintreten.

Bombenattentat gegen sächsische Unternehmungen. Wie der Berliner „Vorwärts“ aus Dresden meldet, sind in Zittau am Mittwoch gegen zwei Industrieunternehmungen Bombenattentate verübt worden. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist gering. Vom Ministerium des Innern wurde die Untersuchung eingeleitet.

Verschärfung des Konfliktes in den Badischen Anilinwerken. In den gestrigen Vormittagsstunden sammelte sich, wie aus Ludwigshafen gemeldet wird, wieder eine große Menschenmenge vor den Toren der Badischen Anilin- und Sodafabrik an. Ein Teil davon ist in die Fabrik eingedrungen.

Eindbruch in der Berliner österreichischen Gesandtschaft. Donnerstag ist in der österreichischen Gesandtschaft in Berlin ein Eindbruch versucht worden. Die Diebe wollten die Kasse für die Fragebogen der Visumbewerber erbrechen. Der Eindbruch wurde rechtzeitig bemerkt und die Täter festgenommen.

Der Frank stürzt — der Brotpreis in Paris steigt. Das Bäckersyndikat von Paris verlangt, so wird gemeldet, vom Präsekte die Erlaubnis, den Brotpreis angesichts der Hausse der Mehlpreise neuerdings erhöhen zu können.

Der Kohlenreichtum Spitzbergs. Die schwedische Kohlengesellschaft auf Spitzbergen sandte einen Bericht über die Bedeutung der Kohlenförderung auf Spitzbergen für die Versorgung Schwedens mit Kohle. Die Förderung dieser Spitzberger Gesellschaft wird auf 1200 Millionen Tonnen Kohle geschätzt, was 200 Tonnen pro Kopf in Schweden bedeutet, dabei ist die Kohle von den Kohlenlagern Braganza, die der Gesellschaft gehören, ebenso gut wie die beste Kohle von Südhorsföre. Die Förderung stützt auf seine besonderen Schwierigkeiten und ebenso bildet auch das Klima kein Hindernis. Die für den Schiffsahrtstransport günstige Zeit ist freilich so kurz, daß sie die größten Geminnisse bereitet. Das Meer ist ungefähr 100 Tage im Jahr frei, was bedeutet, daß 100.000 Tonnen Kohle jährlich unter den gegenwärtigen Transportverhältnissen ausgeführt werden können. Infolgedessen wird es notwendig sein, die Leistungsfähigkeit der Schiffsahrt wenigstens auf 150 oder 200.000 Tonnen pro Jahr zu erhöhen, damit die Förderung sich auszahlte.

Neue Kämpfe in Spanisch-Marokko. Nach einer Havasmeldung aus Madrid wird dort eine halbamtliche Mitteilung veröffentlicht, nach der die Regierung beschlossen hat, eine Operation einzuleiten, die durch die Haltung der Rifflente in den letzten Tagen erzwungen worden sei und für die etwa 4000 Mann in Marsch gesetzt würden, um die ausländischen Stämme in der Zone von Mellilla zu züchtigen. Sie hätten einige spanische Abteilungen angegriffen. Die Spanier hätten diesen Angriff abge schlagen und nur etwa 50 Mann verloren, ohne daß eine von ihren Stellungen auch nur im mindesten in Gefahr gekommen sei. Die Ankündigung der Operation sei im Lande ruhig aufgenommen worden, wo man sich darüber klar sei, daß es notwendig sei, in der vorgezeichneten Weise die Ruhe wieder herzustellen. — Dagegen erzählt „Daily Mail“ aus Tangier, daß die Rifflente unter Anführung des Scheichs Ali Benamor die spanische Front bei Tizzi Azza gestürmt, 600 Gefangene gemacht und sechs Trains erbeutet hätten. Die Telegraphen- und Telefonverbindungen zwischen Agceiras und Malaga seien unterbrochen. — Jedenfalls mit Rücksicht auf diese „Daily Mail“-Meldung werden nun — nach einer späteren Meldung aus Madrid — offiziell die Gerüchte über eine Meuterei der Militärabteilungen dementiert. Ebenso die Wegnahme einer Kolonne von Fremdenlegionären durch die Rifflente. In ähnlichen militärischen Kreisen wird auf den rein lokalen Charakter der Ereignisse bei Tizzi Azza hingewiesen.

Eine Generalamnestie in den Vereinigten Staaten. Präsident Coolidge hat alle Militärpersonen, die während des Krieges und Waffensstillstandes als Deserteure verurteilt wurden, begnadigt.

Polnische Klassenjustiz. Vor dem Lodzer Kreisgerichte fand gegen einige Mitglieder einer kommunistischen Gruppe, welche während der letzten Wahlen in den Sejm als kommunistisches Wahlkomitee fungierten, die Verhandlung statt. Ein Angeklagter wurde zu drei Jahren, zwei zu je zwei Jahren und einer zu einem Jahre schweren Kerker verurteilt.

Nach 15 Jahren Kerkerhaft begnadigt. Der Karlsruher Rechtsanwält Hau, der 1909 seine Schwiegermutter, Frau Molitor, ermordet hatte und zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, ist begnadigt worden.

Lawinsturz im Schwarzwald. Am Samstag nachmittags sind, unmittelbar nach schwerem Schneesturm und eisendem Föhn, am Steilhang der Hornisgründe im nördlichen Schwarzwald zwei größere Lawinen niedergegangen, was seit vielen Jahren in diesem Gebiet nicht mehr vorgekommen ist. Beide Lawinen gingen am sogenannten Ochsenfall, unweit der Akademischen Schütte nach der Biberfesseltwache zu, ab und verschütteten zwei dort stehende Skiläufer. Während der eine sich bald aus den Schneemassen befreite und Hilfe herbeirief, konnte der andere erst nach fünf Stunden gefunden und ausgegraben werden; er hatte nur leichte Verletzungen davongetragen. Gegenwärtig liegen im Nordharzwald für die Jahreszeit noch unangehuerer Schneemassen; sie erreichen im Durchschnitt eine Höhe von über zwei Metern, sind aber an den Nordhängen und -wäldern der Hornisgründe bis zu acht und mehr Meter hoch angeweht.

Ein wertvoller Freskensund. In einer Kirche bei Lucca (Italien) wurden bei Entfernung von Altarbildern zwei Fresken aus dem 15. Jahrhundert

von Guido Marto di Bologna aufgefunden. Die eine Freske stellt die hl. Kathie, die andere die Kreuzigung Christi dar.

Wetterübersicht vom 7. März. Ueber dem größten Teile Europas hat sich ein breites Band höheren Trudes gebildet, das die isländische Depression von einem Gebiete tieferen Trudes über den Mittelmeergegenden trennt. Die Zone höchsten Trudes liegt über dem Nordwestteil des europäischen Binnenlandes. Die Störungsbreite südlich von uns erhalten die Niederschlagsneigung aufrecht. Aufsig meldet Freitag sieben Millimeter, der Donnerstag 13 Millimeter Niederschlagsmenge, Prag nur drei Millimeter. In Böhmen haben sich die Nachfröste verschärft (Eger meldet — 7 Grad Celsius). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Besserung

Kleine Chronik.

Die Erforschung einer uralten Riesenstadt. Das Carnegie-Institut in Washington unternimmt jetzt in Uebereinstimmung mit der mexikanischen Regierung eine Expedition, um die Ruinenstadt von Chichén Itzá in Yucatan einer erschöpfenden Erforschung zu unterwerfen. Chichén Itzá ist eine der größten der alten Städte Mittelamerikas, deren in Ruinen noch aufragende Tempel, Paläste und Gräber ein Gebiet bedecken, das etwa acht Kilometer lang und fast fünf Kilometer breit ist. Im Herzen dieser Ruinenstadt befindet sich das Hauptheiligtum, eine kreisrunde Einfriedung, die etwa 100 Meter im Durchmesser faßt und in der vor vielen Jahrhunderten bei den Festen den Regengöttern von den Tzuculen, Tzotzulen und Mayas Opfer an Menschen und kostbaren Dingen dargebracht wurden. Diefenigen jungen Männer und Mädchen, die sich durch besondere Vollkommenheit des Körpers und Geistes auszeichneten, wurden geschlachtet, und ebenso wurden die herrlichen Juwelen, die wunderlichsten Gegenstände in Gold und Silber hier angehäuft. Der Plag ist vor kurzem teilweise umgegraben worden und man fand dabei große Schätze an goldenen Gefäßen und Schmucksachen, kostbare Steine, herrliche Schnitzereien und dazwischen große Mengen Knochen junger Menschen beiderlei Geschlechts. Ende des vergangenen Jahres begann die vorläufige Untersuchung. Es wurden damals bereits die Ausgrabungen des Waldes vorgenommen, der die Ruinen fast vollkommen überdeckt hatte, so daß jetzt sofort mit den Grabungen begonnen werden kann.

Aus der Geschichte der Bernsteingewinnung. erzählt Dr. R. Brückmann, Königsberg in Pr. in der Ostpreußennummer der Zeitschrift „Aus der Heimat“. Schon zur Ordenszeit wurde unter Aufsicht der Strandvogte Bernstein gesammelt und mit Hilfe des Spatens gegraben. Dann unterließ die regelrechte Ausbeute bis 1670. Besonders reichlich war die Ausbeute in den Jahren 1705 bis 14, sie betrug mehrere Tonnen. Im Jahre 1725 unternahm man bei Gr. Dubnichen auch einen Versuch mit Tauchern, der jedoch fehlschlug. Später wurden dann verschiedene Methoden zur Gewinnung des kostbaren Harzes angewandt. Im Jahre 1872 ließ die Regierung ebenfalls bei Gr. Dubnichen ein Bergwerk anlegen, das gegen 15 Meter über dem Meere lag und einen Schacht von 20 Meter in die Tiefe sandte. Die Ausbeute war jedoch nur gering und erhöhte sich erst beträchtlich, als man noch fünf Meter tiefer herabgegangen war. Später hielt man sich in der Nähe des Strandes und suchte durch Auswerfen großer Gruben die Gewinnung zu steigern. Im Jahre 1877 verpachtete dann der Staat die ganze Bernsteingewinnung an die Firma Stemlin und Weder, wodurch die Gräbereien noch einen viel größeren Umfang annahmen. Erst im Jahre 1890 übernahm der Staat die Gewinnung wieder selbst. Die Ausbeutung unter Tage wurde immer ungenügender, so daß man allmählich ganz zum Tagbau überging. Aber auch diese Gewinnungsart scheint sich immer weniger zu rentieren; denn Dr. Brückmann verzeichnet das Gerücht, daß der Staat plane, die Ausbeutung einer Privatgesellschaft zu überlassen.

Schwimmende Radiosender im Ozean. Wie wir erfahren, hat das Wetterbureau der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, an zwei Stellen des Atlantischen Ozeans, die die meisten Amerikadampfer zu passieren haben, je ein mit Rundfunksendeanlagen ausgerüstetes Schiff dauernd zu stationieren. Diese schwimmenden Rundfunkstationen sollen die von den verhörfahrenden Schiffen gemachten Wetterbeobachtungen sammeln. Die Beobachtungen sollen dann zu Wetterprognosen verarbeitet und den Kapitänen durch Rundfunk übermittelt werden.

Intelligenzprüfungen an Verbrechern. Zu bemerkenswerten Ergebnissen ist der amerikanische Arzt Dr. Murchison gekommen bei den Intelligenzprüfungen — nach dem beim Heer gebräuchlichen Methoden — an den Angestellten und Insassen eines der größten amerikanischen Gefängnisse vorgenommen hat. Der Arzt teilt in seinem Bericht an die John-Hopkins-Universität, die vornehmste medizinische Hochschule Amerikas, mit, er habe gefunden, daß die Gefangenen um hundert Prozent intelligenter sind als ihre Wächter. Seine Untersuchungen zeigen, daß Gewohnheitsverbrecher intelligenter sind als solche, die zum erstenmal im Gefängnis sitzen. Dr. Murchison erforchte 72 verschiedene Arten von Verbrechern, die er in sieben Gruppen teilte, um die Intelligenz der Personen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht hatten, abtufen zu können. Die intelligentesten Verbrecher sind, dem Ergebnis dieser Proben zufolge, diejenigen, die sich das Eigentum ihrer Mitmenschen durch Betrug anzueignen suchen. Die etwas weniger Intelligenzen tun dasselbe mit Hilfe der Gewalt. Zur dritten Gruppe gehören gewöhnliche Diebe. Die Gruppe, die die geringste Intelligenz zeigte, waren die Sexualverbrecher. Betrüger zeigten sich in den meisten Fällen als sehr intelligent; häufig waren es Leute mit Gymnasial- oder Universitätsbildung.

Wohnungsprämien gegen den Geburtenrückgang. Ein Einwohner von Bordeaux, der seinen Namen nicht genannt wissen will, hat kürzlich dem städtischen Rat für billige Wohnungen einen Betrag von 25.000 Franken zum Bau eines Hauses zur Verfügung gestellt, das einem jungen Ehepaar unter folgenden Bedingungen mietweise überlassen werden soll: Die beiden Ehegatten, die das 25. Lebensjahr nicht überschritten haben dürfen und die den Nachweis ihrer Mittellosigkeit erbringen müssen, gehen die Verpflichtung ein, im Verlauf von drei Jahren ein Kind, nach dem Ablauf von sechs Jahren zwei, in neun Jahren drei und in zwölf Jahren vier Kinder zu haben. Dafür brauchen sie nur zwei Drittel des Mietzinses zu zahlen, der überdies bei der Geburt jedes Kindes noch um je zehn Prozent ermäßigt wird, mit der Maßgabe indessen, daß er den Betrag von zehn Fr. im Monat nicht unterschreiten darf. Ein Verzicht gegen diese Bedingungen hat die sofortige Lösung des Mietvertrags und die Ermäßigung des unzuverlässigen Ehepaars zur Folge. Der Mietzins erhöht sich andererseits wieder um je zehn Prozent, sobald eines der Kinder das 18. Lebensjahr erreicht hat. Der Nachweis für billige Wohnungen hat die Schenkung angenommen und der Stadtrat von Bordeaux hat ihm zum Bau des Hauses ein städtisches Terrain von 250 Quadratmeter zur Verfügung gestellt.

Eine Sprache, die nicht telegraphiert werden kann. Die chinesische Sprache kann wegen ihrer bekannten Eigenart nicht telegraphiert werden. Um dieser Schwierigkeit abzuweichen, hat man ein Ziffernsystem erfunden, um Mitteilungen in dieser Sprache auf dem Drahtwege zu befördern. Der betreffende Beamte, der das Telegramm weitergibt, braucht nicht wegen des Inhalts desselben den Kopf sich zerbrechen und kann Tag für Tag telegraphieren, ohne auch nur die leiseste Ahnung von dem Sinne der Depesche, die er abgibt, zu haben, denn er telegraphiert tatsächlich weiter nichts als Ziffern. Anders dagegen liegt es mit dem Beamten am anderen Ende der Linie, er muß ein vorchriftsmäßiges Wörterbuch bei der Hand haben und nach Empfang der Depesche diese „übersetzen“, indem er die gebrauchlichen Buchstaben — eigentlich Wortstübe — an Stelle jeder empfangenen Zahl niederschreibt. Nur ein Ahtel der Wörter der chinesischen Schriftsprache sind in dem Telegraphenlexikon aufgenommen, es hat sich aber gezeigt, daß diese für alle praktischen Zwecke vollkommen ausreichen.

Zum vierten Verbandstag der Kleinbauern und Häusler.

Heute, Samstag, beginnt im deutschen Handwerkerheim in Prag der 4. Verbandstag der freien Berufsorganisation, die sich die Kleinlandwirte und Häusler im deutschen Gebiete der Republik nach dem Umsturze geschaffen haben. Es bedarf aus diesem Anlaß heraus keiner lauten Versicherungen, daß unsere Partei den Entwicklungsgang dieser Kampf- und Wirtschaftsorganisation des arbeitenden Landvolkes mit größtem Interesse verfolgt hat und ihn nach jeder Richtung hin zu fördern bestrebt ist.

Als im Jahre 1920 in Teplitz die sozialistischen Landvertrauensmänner aus allen deutschen Gauen dieses Staates zur Gründung des Zentralverbandes zusammentraten, wagten sie sich an eine große Aufgabe heran. Wohl war überall das Bedürfnis nach einer Fachorganisation der ländlichen Kleingrundbesitzer rege geworden, die unbeeinträchtigt von den Großagariern, ja sogar in schärfstem Kampfe mit ihnen, die Interessen der unteren Schichten des Landvolkes vertritt, doch die Erfüllung dieses Wunsches führte auf ein neues, bisher unerforschtes Gebiet. Zunächst galt es, altengewurzelte Vorurteile bei der Landbevölkerung zu überwinden, es galt, eine unterdrückte und schwer ausgebeutete Schicht von arbeitenden Menschen, die seit irdenklischen Zeiten an hoffnungslose Armut gewöhnt war, zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und zur selbständigen Verfolgung ihrer naturgegebenen Massenziele zu bewegen. Abgesehen von dieser großen Schwierigkeit, waren die Methoden, mit denen das Werk gemeistert werden sollte, noch völlig unerprobt. Wie in einem undurchsichtigen Nebel gehüllt erschienen am Beginn der Bewegung die praktischen Möglichkeiten der selbständigen und erfolgreichen Interessenvertretung des armen Landvolkes durch die Organisation der Kleinbauern und Häusler.

Die politischen Ereignisse der Kriegs- und Umsturzzeit hatten auch für die Landbevölkerung eine verwirrende Fülle von Daseinsfragen aufgeworfen, die eine klare Beantwortung erheischten. Wo sollte zuerst angepackt werden, um all das Unrecht gutzumachen, das im Laufe von Jahrhunderten an den geknechteten Landbewohnern verübt wurde? Sollte zunächst der politische Einfluß des Agrarkapitals zurückgedrängt werden? Waren vor allem die wirtschaftlichen Bollwerke der agrarischen Herrenklasse zu erobern? Oder galt es alle Kraft und alle Aufmerksamkeit auf die Bodenreform zu konzentrieren, jener tiefgreifenden Umwälzung der ländlichen Besitzverhältnisse, von der damals noch nicht abzusehen war, welchen Lauf sie nehmen, welche Ergebnisse sie zeitigen wird? — So standen die Fragen zur Zeit des konstituierenden Verbandstages und es kann heute angesprochen werden, daß sich der Zentralverband auf seinem schwierigen Wirkungsfeld in überraschend kurzer Zeit zurückgefunden hat. Seine Stellung zur Bodenreform ist im Gegensatz zu den agrarischen Landorganisationen klar und einwandfrei. Auf dem Gebiete der wirtschaftlich-genossenschaftlichen Betätigung hat er durch Anlehnung an die großen genossenschaft-

lichen Zentralorganisationen eine glückliche Zwischenschaltung gefunden, die ihm ermöglicht, die Bedürfnisse der Mitglieder unter Einfuß bescheidener Mittel zu stillen und dabei die Grundelemente des ländlichen Genossenschaftssozialismus ins Leben zu setzen. Was den politischen Kampf anbelangt, trifft den Zentralverband gegen den Bund der Landwirte zu führen gezwungen ist, so steht fest, daß seine Erfolge weit über die erfreulichen, jetzt schon sichtbaren Ergebnisse, hinausragen, die sich in dem stetigen Mitgliederzuwachs und dem fortschreitenden Abfall aus den agrarischen Reihen ausdrücken. Schon die Tatsache allein, daß die Agrarier nun eine rührige Konkurrenzorganisation neben sich haben, die konsequent für die Interessen der kleinen Grundbesitzer eintritt, zwingt sie zu einer Aenderung ihrer ganzen Politik. Sie können jetzt den Verrat an dem arbeitenden Landvolk nur mehr in verschleierter Form betreiben, müssen bei jedem Schritt auf den unliebsamen Widerpart achten, der durch seine bloße Existenz eine Quelle der Beunruhigung und der Verlegenheit für sie ist. Die Früchte der intensiven Aufklärung, die der Zentralverband seit seinem Bestande unter der Landbevölkerung betrieblen hat, werden erst in kommenden Jahren reifen.

Freilich, die Aufwärtsentwicklung dieser jungen Landvolksorganisation in geistiger und organisatorischer Hinsicht ist noch lange nicht abgeschlossen. Davon zeugt die reichhaltige Tagesordnung des Verbandstages, die neben der Beratung über Ausgestaltung der Organisation und Preise auch zu der Bodenreform und zu den Steuerfragen Stellung nehmen wird. Von besonderer Bedeutung erscheint uns der Punkt „Unsere Vertretung in den öffentlichen Körperschaften“ weil die schönen Erfolge, welche die Listen der Kleinbauern und Häusler bei den letzten Gemeindevahlen errungen haben, dringend eine einheitliche und zielbewusste Stellungnahme ihrer Vertreter in den autonomen Körperschaften erfordern. So ist zu erwarten, daß auch der 4. Verbandstag den Vertrauensmännern des Zentralverbandes neue Anregungen und neue Richtlinien für die weitere Arbeit mit auf dem Heimweg geben wird. Wir sprechen bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß sich das Bundesverhältnis zwischen dem zur Selbständigkeit erwachten arbeitenden Landvolk und der sozialistischen Industriearbeiterschaft fester und inniger gestalten möge denn je. Dieses Bündnis zwischen den unterdrückten Arbeitsschichten in Stadt und Land ist die sicherste Gewähr ihrer baldigen Befreiung aus dem Foch des Kapitalismus, und deshalb begrüßen wir den Verbandstag der Kleinbauern und Häusler mit herzlichem Brudergruß!

Volkswirtschaft. Für die Pensionisten!

Zu der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. November 1923 fand der von den Abg. Gen. Czern und Cermak eingebrachte Antrag auf schleunigste Regelung der Bezüge der Altpensionisten einstimmige Annahme. Es war nun zu erwarten, daß die Regierung unter dem Eindruck dieses einmütig gefassten Beschlusses die von ihr bereits wiederholt angelegten Maßnahmen zur Linderung der Not der Altpensionisten mit größter Beschleunigung vorsehen und in diesem Zusammenhang auch der brennenden Forderung nach Gleichstellung der Alt- und Neupensionisten Rechnung tragen werde.

Da dies wider Erwarten bisher nicht geschehen ist, während die Lage der Pensionisten mit jedem Tag trauriger wird, richteten die genannten Genossen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. März an die Regierung die Anfrage:

1. Ist die Regierung bereit, sofort dem Abgeordnetenhause zu berichten, welche Vorarbeiten sie zur Erfüllung des einstimmig gefassten Parlamentsbeschlusses getroffen hat.
2. Ist die Regierung bereit, die von ihr längst versprochenen Maßnahmen zur Linderung der Not der Altpensionisten der sofortigen Erfüllung zuzuführen?

Die Kreditanstalt der Deutschen und ihre Angestellten. Mit der Art, wie in dieser Anstalt die Angestellten behandelt werden, hat sich die Presse schon öfters befaßt. Trotzdem können die böstlichen Machthaber ihre Abneigung gegen gewerkschaftlich organisierte Angestellte nicht überwinden. Es wird uns wiederum ein Fall aus der Provinz gemeldet, wo der Filialleiter einem Angestellten zu versichern g-b, daß die Angestellten weder in der Zentrale noch in den Filialen einer Organisation angehören dürfen und wer trotzdem organisiert sein will, seine Kündigung erwarten kann. Das ist beileibe kein Fehler, und der Angekündete, der es wagt, den Schutz des Gesetzes anzurufen, ist natürlich ein „Vollverräter“!

Die Frankensurztzspekulanten verurteilen die Geldmangel in Oesterreich und in der Tschechoslowakei. Der Sturz des französischen Franken in Frankreich hat dieselben Begleiterscheinungen ausgelöst wie seinerzeit der Mark- und der Kronensurztz in Deutschland und Oesterreich. Die Warenpreise steigen zwar, aber vorerst noch langsamer, als es dem Fall des Franken entspricht. Man kann also in Frankreich billig einkaufen, weshalb auch ein Ausverkauf großen Stils eingeleitet hat. Die französische Regierung mußte die Ausfuhr einer Anzahl Waren verbieten. Noch billiger aber sind Effekten zu haben, deren Kurs sich keineswegs in Verhältnis zum Valutasurztz erhöhte.

Es braucht Zeit, bis der Frankensurztz sich auf diesen Gebieten auswirkt und diese Zeit mühen die gerissenen und durch die Schule der deutschen und österreichischen Geldentwertung gegangenen Spekulantien aus, um die französische Wirtschaft auszulündern. Besonders die Wiener Großbanken betätigen sich auf diesem Feld und ziehen zu ihren Effektenläufen einen Teil ihrer in Oesterreich und in der Tschechoslowakei festgelegten Gelder heraus. Dadurch verursachen sie aber eine Geldknappheit zum Schaden der betreffenden Volkswirtschaft, beziehungsweise verdrängen sie die bereits vorhandene. Ihnen kommt auch dies zugute; infolge des Geldmangels können sie die Zinssätze beliebig in die Höhe schrauben. Dadurch werden aber die Produktionskosten der Industrie übermäßig verteuert. Und das sind die Pfeiler der Volkswirtschaft.

Erfolg der Wiener Messe. Der Andrang der Aussteller zur Wiener Frühjahrmesse ist diesmal so stark, daß eine große Anzahl von Ausstellern aus allen Branchen abgewiesen werden mußte. Die Beteiligung des Auslandes ist diesmal auf sieben Prozent seit der letzten Herbstmesse auf 14 Prozent gestiegen. An zweiter Stelle der Auslandsaussteller steht die Tschechoslowakei. Eine besondere Sehnüchtheit wird der russische Pavillon der Sowjetrepublik sein, die zum erstenmal seit dem Kriege auf einer Wiener Messe vertreten ist.

Das Statut der neuen deutschen Reichsbank. Wie ein französisches Blatt erfährt, wird der Verwaltungsrat der neuen Reichsbank aus 14 Direktoren bestehen, und zwar aus sieben Deutschen und sieben Ausländern (je ein Amerikaner, ein Engländer, ein Italiener, ein Franzose, ein Belgier, ein Holländer und ein Schweizer). Präsident wäre ein Deutscher mit Vorredzstimm, doch würden dessen Vollmachten hinsichtlich der Gewährung von Vorschüssen an das Reich durch den alliierten Kontrollleur oder Zensor beschränkt sein. Der Verwaltungsrat hätte die Möglichkeit, durch ein Majoritätsvotum die Zahl der deutschen Direktoren zu erhöhen, damit Deutschland, falls es seinen Verpflichtungen nachkommt, eventuell die Kontrolle des Emissionsinstitutes selbst übernehme.

Vermehrung des französischen Papiergeldumlaufes. Blättermeldungen aus Paris zufolge weist der am 6. März erschiene Wochenanweis der Bank von Frankreich ein Steigen des Papiergeldumlaufes um rund eine Milliarde Franks auf.

Poplar. Der parlamentarische Konflikt wegen Poplar hat mit einem großen Sieg des radikalen Wohlfahrtsministers Wheatley geendet. Es war zunächst nur ein faktischer Sieg, indem er die Unzulänglichkeiten seines Amtsvorgängers gut auszunutzen verstand. Der Konflikt gab jedoch der Presse und dem Parlament den Anlaß, wichtige soziale Probleme zu behandeln. Die sozialistische Gemeinde Poplar machte, indem sie gewissen Gruppen von Arbeitslosen Unterstützung bis zum Betrag von vier Pfund pro Woche gewährte, und diese Summe ist höher als die Löhne im allgemeinen, neben humanitären Gesichtspunkten zwei Grundsätze geltend: das Recht der ohne ihre Schuld Arbeitslosen auf vollen Unterhalt durch die Gesellschaft, und das Prinzip, daß die gegenwärtigen Arbeitslöhne zu gering und zu einem menschenwürdigen Dasein nicht ausreichen seien. Die hohen Unterstützungsgehälter waren eine Demonstration gegen die zu niedrigen Löhne in der Industrie. Die Kapitalisten haben die symbolische Bedeutung des Vorgehens der Gemeindevorsteher von Poplar begriffen. Sie haben mit Recht auf die Gefahr hingewiesen, daß hohe Arbeitslosenunterstützungen auch Bewegungen zu Lohnerhöhungen auslösen könnten. Die Argumente der Verteidiger Poplars waren von großer Beweiskraft. Die Gemeindesteuern zur Bestreitung der Unterstützungen wurden von großen Transportunternehmungen geleistet, welche riesige Profite erzielen, ihren Arbeitern aber keine ständige Beschäftigung bieten konnten. Das unwürdige System der Gelegenheitsarbeit hat diesen Unternehmern zu den riesigen Profiten verholfen. Man hat auch geltend gemacht, daß unter der sozialistischen Verwaltung die Sterblichkeitsziffer, und ganz besonders die Kindersterblichkeit, in einem viel höheren Maß gesunken ist als in den übrigen Distrikten Londons. Erstere sank von 1917 bis 1923 von 16,8 pro Tausend auf 11,3, während sie in den übrigen Bezirken von 15,7 auf 13,5 sank. Die Säuglingssterblichkeit sank in Poplar von 94 auf 60, im übrigen London von 101 auf 74.

Produktionseinschränkung — Steigende Profite. Die englische Textilindustrie leidet unter einer fürchterlichen Wirtschaftskrise mit einer enormen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Eine große Anzahl von Unternehmern konnte für das verfloßene Jahr keine Dividenden verteilen. Dagegen haben die großen Textilkonzerne, die ihre Betriebe wesentlich eingeschränkt haben, enorme Profite erzielt. So verteilte der größte unter ihnen, die „Bradford Thers Association“, eine Dividende von 25 Prozent, nachdem er riesige Summen in die Reserve abgeführt hatte. Dergleichen eine große Anzahl anderer Großkonzerne, welche in dem „Manchester Guardian Commercial“ (21. Febr.) angeführt werden. Dieses Blatt, das Organ der englischen Textilunternehmer, bemerkt selbst angesichts der erwachsenen Profite: „Die erzielten Profite scheinen die Anlage zu rechtfertigen, daß die gegenwärtige Politik der Konzerne der Textilindustrie darin besteht, ihr Einkommen durch Einschränkung der Produktion zu erhöhen.“ Dieses Zugeständnis eines führenden Wirtschaftsorgans, daß die Interessen der Textilunternehmer zu vertreten pflegt, verdient festgehalten zu werden. Es

bestätigt nur die Tatsache, daß die Profite in Händen von Privatunternehmern trotz Produktionseinschränkung, ja sogar, wie dieser Fall beweist, infolge dieser, ihre Profite zu erhöhen vermögen.

Skandal des Goldes. Der berühmte Nationalökonom Maynard Keynes, der einen Feldzug gegen das System der Goldwährung führt, besaß sich jüngst in zwei aufschlußreichen Aufsätzen mit den Ausfichten des Goldes, dem er keine erprießliche Zukunft voraussagt. Heute befindet sich alles Gold bei den Vereinigten Staaten, dreimal so viel als im Britischen Reich, wo das Gold bisher beheimatet war. Er vergleicht diesen Zustand mit der Ausplünderung der Tempelschätze (Bankreserven) Periens durch Alexander den Großen und mit der Ausplünderung Mexikos und Perus durch Spanien. Auf jede dieser Begebenheiten folgte ein katastrophaler Sturz des Wertes des heiligen Metalls. Das muß jetzt, meint Keynes, wieder eintreten. Vorläufig sträubt sich Amerika gegen eine weitere Entwertung des Goldes und läßt alles Gold, was nur in London festgehalten wird (das neu erzeugte Gold wird wöchentlich in London verkauft), zu jedem geforderten Preis aufkaufen, um einen Preissturz des Goldes, der den Wert der riesigen amerikanischen Goldvorräte vermindern würde, zu verhüten. Das kommt aber Amerika recht teuer und Keynes rechnet aus, daß es bei der Goldzufuhr jährlich eine Milliarde Goldmark verliert. Wenn die Goldzufuhr weiter andauert, so muß nach Keynes entweder eine Inflation mit Teuerung entstehen (falls nämlich das überschüssige Gold in den Verkehr gebracht wird, was nur mit Verlust geschehen kann) oder aber muß Amerika seine Münzen für die Aufnahme weiteren Goldes schließen, wodurch aber der Wert des Goldes ohne ein entsprechendes Sinken des Dollarwertes vermindert wird. So oder so werden die Amerikaner den Goldwert nicht ewig halten können. Keynes gibt ihnen den ironischen Ratsschlag, sie würden am besten handeln, wenn sie die Goldbergwerke Südafrikas zusammenkaufen würden, um die Münzen stillzulegen, statt Jahr für Jahr ihre Ausbeute aufzukaufen. Die Vereinigten Staaten könnten alle Minen in Afrika aufkaufen und sie sicher zumauern für das Doppelte der Summe, die sie jetzt in einem einzigen Jahr für den Kauf ihrer Ausbeute auswenden, um sie dann im Keller zu begraben.

Die Privatindustrie in Rußland. Neuerdings erscheinen amtliche Berichte über die russische Privatindustrie, soweit es sich um die verpackten Staatsbetriebe handelt. Die Privatindustrie ist erst seit Mitte 1921 wieder zugelassen. Damals wurde beschlossen, von den in den ersten Revolutionsjahren verstaatlichten Betrieben etwa 8000 Kleinbetriebe an Konsum- und Produktionsgenossenschaften sowie an Privatpersonen zu verpacken. Bis Ende 1923 war es aber nicht gelungen, die gesamten 8000 Betriebe zu vergeben. Etwa 3000 blieben in Staatsregie, obwohl sie vollkommen unrentabel sind. 5241 Betriebe wurden verpackt, davon 52 Prozent an Privatpersonen, 23 Prozent an Konsumgenossenschaften und 14 Prozent an Produktionsgenossenschaften. Es handelt sich bei diesen Betrieben fast ausschließlich um ganz kleine Unternehmungen. Es entfallen im Durchschnitt 16 Arbeiter auf je einen Betrieb; es sind also insgesamt nur 80.000 bis 90.000 Arbeiter in diesen Betrieben beschäftigt. In erster Stelle steht unter den verpackten Betrieben die Lebensmittelindustrie mit 1770 Betrieben, an zweiter Stelle folgt ihr die Lederindustrie mit 1515 Betrieben. Es ergibt sich daraus, daß die Entwicklung des privaten Industrielapitalismus in Rußland bisher keine großen Fortschritte gemacht hat. Einerseits hält sich das Kapital von der industriellen Tätigkeit zurück, andererseits will die Sowjetregierung die Großindustrie trotz ihres verlustbringenden Charakters nicht entstaatlichen. Die eigentliche Domäne des neuen Kapitalismus in Rußland ist zunächst nicht die Produktion, sondern der Warenhandel, bei dem auch die größten Gewinne erzielt werden.

Kunst und Wissen. Das Smetana-Jubiläum.

(Wiederholt im Konzertsaal und Theater.)

Die ungenannte Populartät Friedrich Smetana's beim tschechischen Volke findet den übereinstimmendsten Ausdruck in der Annahme von Smetana-Feiern, Smetana-Konzerten, Smetana-Abenden etc., die in den letzten Tagen in Prag und auf dem Lande stattgefunden haben und noch in Aussicht stehen. In Prag gibt es kaum einen tschechischen Musikverein, Sängerkhor, kaum eine Orchestervereinigung oder sonstige musikalische Körperschaft, die den hundertsten Geburtstag des Landichters nicht durch eine größere oder kleinere Veranstaltung begangen hätte. Wenn wir diesen begeistertsten Kult der Tschechen für ihren größten Musiker feststellen, können wir es nicht, ohne ein gewisses Gefühl der Beschämung zu unterdrücken, darüber nämlich, daß die Prager Deutschen dieses Jubiläum, von den würdigenden Gedenkartikeln der gesamten Prager deutschen Tagespresse abgesehen, unbeachtet lassen konnten. Das deutsche Theater als maßgebendes Institut der deutschen Musikpflege in Prag brachte weder die versprochene deutsche Erstaufführung der Oper „Der Rus“ rechtzeitig heraus, noch erfüllte es das zu Anfang der Spielzeit gegebene Versprechen der Aufführung der symphonischen Dichtung „Wallensteins Lager“ von Smetana im Rahmen eines philharmonischen Konzertes. So kann man sich nicht wundern, daß auch von anderer deutscher Seite, von deutschen Konzertunternehmern, Musikvereinigun-

gen und Kunstförderer nicht unternommen wurde, dem tschechischen Tonbildner die gebührende Ausbildung zum hundertsten Geburtstag zu bringen. Das deutsche Ausland, Oesterreich sowohl als auch das deutsche Reich, haben in richtiger Erkenntnis der internationalen Bedeutung der Musik und eines ihrer besten Meister Smetana, den hundertsten Geburtstag des tschechischen Musikklassikers entsprechend begangen.

Den Auftakt zum Smetana-Jubiläum im tschechischen Konzertsaal gab die „Hudební Matice“ der „Umělecká Beseda“ mit einem Quartettabend des neuen tschechischen Trios-Quartetts, dessen Eröffnungszimmer Smetanas gefühlvolles „Dmolčův Quartett“, bekanntlich die Fortsetzung seines berühmten ersten Streichquartetts „Aus meinem Leben“, bildete. Die ausführenden Künstler dieser neuen Quartettvereinigung, die neben dem Smetanischen Werke noch ein prachtvolles Quartett des deutschen Neutöners Hindemith und ein neues, einfaches Streichquartett des tschechischen Musikmodernisten Jirál spielten, erwiesen sich in diesem Konzert als ebenso passioniert wie gründlich musikalisch zu Werke gehende echte Musikanten-naturen.

Ein Smetana-Festkonzert ganz großen Stiles bot die vereinigte tschechische Sängergemeinde von Großprag. Sie brachte in Einzelvorträgen ihrer bedeutendsten Vereine („Mlahol“, Sängerkor „Smetana“, Vereinigung der Prager tschechischen Lehrer und Männerchor „Křizobsky“) und in Massenchorformen der gesamten Sängerschaft sämtliche Chöre und Chorlieder Smetanas zur eindrucksvollsten Aufführung. Die besondere Bedeutung dieses Konzertes lag in der Feststellung der tonbildnerischen Leistungen Smetanas auch auf dem Gebiete der Chorcomposition und damit der wirklichen Universalität seines gesamten tonkünstlerischen Schaffens.

Die führende tschechische Prager Orchestervereinigung, die „tschechische Philharmonie“, feierte den Symphoniker Smetana zunächst durch eine geschlossene Festaufführung seines Symphonienzyklus „Mein Vaterland“ unter Talsichs von Begeisterung getragener Leitung.

Im tschechischen National- und Landestheater gelangte am Smetana-Gedenktage des Meisters erste Opernaufführung „Die Brandenburger in Böhmen“ in vollständig neuer Inszenierung und musikalischer Aufmachung zur Aufführung; Smetanas weitere sieben Opern werden in jüdischer Aufführung, ebenfalls neuinszeniert und in feinerer Neuausstattung, folgen.

Edwin Janetschek.

Eine deutsche Smetana-Biographie. Gerade recht zum hundertsten Geburtstag Smetanas ist von der deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart in der Sammlung „Klassiker der Musik“ als 22. Band die deutsche Biographie Smetanas herausgegeben worden. Ihr Verfasser ist Dr. Ernst Rudnowsky. Rudnowsky stand als auf dem Prager Boden aufgewachsener Musikforscher alle erforderlichen Quellen reicher und leichter zur Verfügung als jedem anderen Fachgelehrten. Rudnowskys Smetana-Biographie hat aber auch in anderer Hinsicht ganz besonderen Wert. Sie ist die erste größere und abgeschlossene biographische Arbeit über den Komponisten Smetana überhaupt, denn das maßgebende tschechische Werk über Smetana von Prof. Nejedlý ist erst in Entstehung begriffen. Angehender ist der Fleiß und die Sorgfalt, die Rudnowsky an sein Buch gewendet hat, das streng objektiv geschrieben ist, nirgends dozierend wirkt und das Lebensbild des großen tschechischen Tonkünstlers in allen Einzelheiten überaus anschaulich entrollt. Dem Menschen Smetana wird Rudnowsky hierbei in gleicher Weise gerecht wie dem Künstler, seiner Bedeutung als schaffender Meister ebenso wie als nachschaffender Künstler. Besonders wertvoll ist das Schlußkapitel dieser Biographie, „Das Werk“, in dem sämtliche tonbildnerische Schöpfungen Smetanas kritisch besprochen und erläutert werden, und die große Zahl der erstmals abgedruckten Briefe Smetanas und seines Tagebuches. Ein Personenregister und Quellenverzeichnis macht dieses Smetanabuch zu einem unentbehrlichen Behelfe für alle Smetanafreunde.

Neue Werke heimischer Tonkunst. Die Prager deutsche Tonbildnerergie hat in den letzten Monaten wenig oder nichts von sich hören lassen. Umso mehr wirken dann nach längerer Pause schöpferische Neuer-scheinungen, die von der Bedeutung der deutschen schaffenden Tonkunst in Prag Zeugnis geben. Im Verlage der Wiener Universaledition ist soeben Alexander Zemlinskys „Lyrische Symphonie“, deren verlorengegangene Partitur seinerzeit viel von sich reden machte, erschienen. Soweit man nach dem Klavierauszuge, den der einstige Kapellmeister des Prager deutschen Theaters Dr. Faloweb bearbeitet hat, schließen kann, ist diese Symphonie das Werk reifster Meisterschaft, erfüllt von reichster musikalischer Erfindung, außerordentlich farbenreich im Klang und von wirksamer rhythmischer und dynamischer Gliederung. Der Titel „Lyrische“ Symphonie wird nicht nur aus den in der Form von Wechselgesängen zwischen einer Sopran- und Baritonstimme verwendeten Gedichten Zagores sinnfällig, sondern auch durch die überzeugende lyrische Tonsprache, die für die sanfteste Innigkeit gleich überzeugenden Ausdruck findet wie für die höchste Blüt der Liebesleidenschaft und Ekstase. Der formalistische Aufbau und die ganze Anlage des Werkes weisen auf das Vorbild des Mahler'schen „Liedes von der Erde“ hin, wie ja Zemlinskys als echter Mahlerpupille vielfach an Mahlers musikalische Artung und Musikstilistik erinnert. Im Gegensatz zu der aus Gefühl, Ekstase und Blüt geborenen „Lyrischen Symphonie“ Zemlinskys sind die von Heinrich Nietsch im Verlage von C. F. Kahnt in Leipzig herausgegebenen sechs kleinen Klavierstücke von abgeklärtester, fast schillernder Art. Es sind Kinderstücke von Schumann'schem Geiste, klar und durchsichtig in der Kompositionstechnik, leicht jauchlich in ihrer melodischen Erfindung, rhythmisch abwechslungsreich und von Wärme und Sonnenschein erfüllt. Im Verlage von Johann Hoffmanns Witwe in Prag schließlich sind zwei Kompositionen (Walzer

und Romange) des jungen Prager Pianisten Rudolf Ji Schuberth erschienen; Klaviermusik, die über den Durchschnitt nicht hinausragt. — et.

Ein neuer vollständiger Opernführer. Eine der Hauptvoraussetzungen für die Ersprißlichkeit eines Opernabends ist die richtige Einstellung des Theaterbesuchers zum gehörten Werke. Nicht nur, daß er das Werk dem Inhalte nach kennen muß, um seine Wirkung ganz teilhaftig zu werden, muß er auch über die Musik der betreffenden Oper, ihre Stellung in der Musikliteratur usw. entsprechende Aufklärung erhalten, wenn der künstlerische Genuß des Opernabends vollkommen für ihn sein soll. Je weniger allgemein musikalische und Musikfachbildung der Opernbesucher besitzt, umso mehr bedarf er des Rates und der Vorbereitung für seinen Opernbesuch. Ein Werk, das diesem dringenden Bedürfnis der opernfreundlichen Oeffentlichkeit entgegenkommt, ist das kürzlich von der deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart herausgegebene „Große Opernbuch“ von Alexander Eisenmann. 125 der gegenwärtig meistgespielten Opern und Musikdramen von nahezu 60 Komponisten werden in dem Buche in knapper, übersichtlicher und lebendiger Weise dargestellt; kurze biographisch-musikalische Daten über die einzelnen Tonbildner dienen zur musikalisch-historischen Orientierung des Lesers, streng sachliche kritische Bemerkungen zur Erleichterung des eigenen Urteiles. So ist Eisenmanns Opernbuch nicht nur ein lehrreicher Behelf für den Musiker und Musikfreund, sondern viel mehr noch ein unentbehrlicher Führer und Berater zu vertieftem Verständnis und Kunstgenuß für das musikliebende Volk. — et.

Otto Erich Hartleben-Abend in der Kleinen Bühne. Eigentlich war es ein „literarischer Abend“, der der Vergangenheit gewidmet war, denn bei allen Vorzügen Hartlebens: scharfer Charakteristik, unterhaltender Dialog, guter Erfassung und Zeichnung eines Speker-Willems wirkt er, der früher Kämpfer für eine freie Gesellschaftsmoral, dem heutigen Publikum gegenüber antiquiert. Trotzdem festelt Hartlebens Kritik einer Gesellschaftsmoral, welche einem jungen Mann gestattet, sich auferheblich auszutoben, um für eine dumme, aber reiche Zierpuppe (von Fr. Ondra ausgezeichnet gespielt), genügend abgekühlt zu sein. Diese Moral macht es ihm unmöglich, wirkliche Liebe außer und in der Ehe zu genießen und befiehlt ihm die gemeine Handlungsweise gegen das Mädchen an, das ihm alles aufopfert, wenn nur eine sogenannte „Reservance“ verhindert wird. Wie bei Hartleben gewöhnlich, ist die große Dose Humor und Satire mit einem Schusse Ernst gemengt, der die Leute auf „der Schattenseite des Lebens“ zeigt. Die alte Komödie wurde lebendig gespielt, die Darstellung der Herren Eggerth und Siebl und der Frau Monati ließ wenig zu wünschen übrig. Frau Dierks war ein reizendes köstliches Kammermädchen, wie in dem folgenden Einakter eine vorzüglich slunkende „Lore“. Fr. Schmidt rührte, ohne weinerlich zu wirken. Auch die übrigen Rollen waren bei den Herren Hölzlin und W. Pittschau und bei Fr. Raigner in guten Händen. — In dem kleinen Einakter „Lore“ macht der Dichter aus einer Mücke einen Elefanten oder, um das Bild noch genauer zu gestalten, aus einem abgerissenen Taillenknochen ein Lustspiel. Die kleine Mücke wirkt reichlich breit. Das Milieu ist das der Studentenkulde. Das Publikum amüsierte sich und würdigte die vorzügliche Darbietung von Frau Dierks und des Herrn W. Pittschau, wie denn wirklich der Hartleben-Abend einen etwas verspäteten Premierenerfolg erntete. Dr. K. E.

Arbeitervorstellung „Der Bettelstudent“. Mil-södergs „Bettelstudent“ gelangt Sonntag, den 16. März, halb 3 Uhr nachmittags, als Arbeitervorstellung zur Aufführung. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Von Morgens bis Mitternacht“, nachts 10 Uhr Gastspiel Est-Bühne „Das Jungfernwed“; Sonntag abends Gastspiel Richard Mayr „Die Zauberflöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Der Vetter aus Dingsda“; Sonntag, 3 Uhr, und abends Gastspiel Est-Bühne „Der Ehebrecher“.

Vorträge.

Die Wohnungsfrage.

In einem Vortrage, den Univ.-Prof. Dr. Rauchberg am Donnerstag, den 6. März im „Sozialen Institut“ hielt, führte er unter anderem aus:

Wer nach dem Gange der öffentlichen Erörterungen und dem Stande der legislativen Aktionen urteilen wollte, müßte annehmen, daß unsere Wohnungsfrage lediglich in der Frage des Mieterschutzes und der staatlichen Bauförderung bestünde und mit diesen beiden Problemen gelöst wäre. Die so denken, irren. Die Wohnungsfrage ist durch den Krieg nicht hervorgerufen, sondern durch ihn nur verschärft worden. Sie ist eine Begleiterscheinung der rasch zunehmenden Industrialisierung unserer Volkswirtschaft und kann der Verschleidenheit der Ursachen gemäß, nur durch ein System verschiedener aber planmäßig in einander greifender Maßnahmen bekämpft werden.

Die Lösung der Wohnungsfrage als einer Bodenfrage ist zu suchen in der Einführung von Zonenbauordnungen, welche die Entstehung überflüssiger Grundrenten unterbinden, ferner in der großzügigen Erschließung von Baugelände, nötigenfalls in Verbindung von Zonen-Enteignung und Umlegung, so daß die Grundbesitzer Bauarzellen zurückerhalten. Die Baukosten können herabgesetzt werden durch Vereinfachung des Bauens und technische Fortschritte bei der Herstellung der Bauwerke. Nach diesen Gesichtspunkten sind unsere Bauordnungen zu reformieren. Den Kernpunkt des Wohnungsproblems bildet gegenwärtig die Kreditfrage. Staatliche Bürgschaft ist unerlässlich,

um das Privatkapital zu den notwendigen Hypothek- und Baukrediten zu veranlassen. Die Besorgnis, daß bei einem zukünftigen Rückgange der Baukosten ein Teil des Bauaufwandes der teuer erstellten Häuser verloren gehen könne, kann nur durch angemessene Subventionierung der Bauführer überwunden werden. Die staatliche Bauförderungsaktion muß daher ungemindert fortgesetzt werden. Vor-eisiger Abbau würde die kaum erwachte Bautätigkeit lähmen, Arbeitslosigkeit und eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot zur Folge haben. Freilich müssen der Bautätigkeit weitere Kreditquellen erschlossen werden. In erster Linie kommen hierfür die Deduktionskapitalien der Sozialversicherung in Betracht.

Am Schlusse seines Vortrages kommt Professor Rauchberg auf den Abbau des Mieterschutzes und der staatlichen Bauförderung zu sprechen. Von mancher Seite wird empfohlen, den Mieterschutz gleichzeitig und parallel mit der Bauförderung abzubauen. Das wäre vollkommen verfehlt. Solange nicht durch die staatliche Bauförderung ein dem dringenden Bedarfe einigermaßen entsprechendes Wohnungsangebot hergestellt ist, kann von einem durchgreifenden Abbau des Mieterschutzes nicht die Rede sein.

Die Wohnungsfrage ist nicht etwa ein unabwendbares Naturverhängnis. Sie kann und muß durch zielbewußte staatliche Wohnungspolitik gemildert und allmählich behoben werden. Die Mittel und Wege dazu hat die Wissenschaft längst ausfindig gemacht; aber unsere Gesetzgebung kümmert sich nicht um sie. Der Redner fordert den Minister für soziale Fürsorge auf, ein umfassendes Programm der Wohnungsreform zu entwerfen und sich entschlossen für seine Durchführung einzusetzen.

Literatur.

Die Wirtschaftsbuchung in der sozialistischen Gesellschaft. Von Dr. Otto Leichter. Marxstudien, Band 5, Heft 1. 112 Seiten. Wien 1923. Preis 24.000 K. — Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 6, Gumpendorfer Straße 18. — Immer wird von den Gegnern des Sozialismus der jüngeren sozialistischen Literatur der Vorwurf gemacht, daß sie sich im allgemeinen verliere und gerade, was die aktuellsten Fragen der Sozialisierung betreffe, nur wenig Positives zu bieten vermöge. In der Tat muß in der jetzigen Phase des großen Kampfes ebenso wie an die Ueberwindung des Kapitalismus auch an die Wirtschaftsformen und Produktionsbedingungen gedacht werden, die man an seine Stelle zu setzen hat. Wie soll die sozialistische Wirtschaft eingerichtet sein? Wie sollen ihre Einrichtungen funktionieren? Wie kann sie möglichst rationell ausgestaltet werden und mit möglichst geringem Aufwand an Arbeitskräften möglichst große Produktionserfolge erzielen. Einer der wichtigsten Punkte dieses gewaltigen Fragenkomplexes ist auch die Preisbildung und die rechtmäßige Erfassung der Wirtschaft und gerade von bürgerlicher Seite wurde der Einwand erhoben, daß die sozialistische Wirtschaftsordnung infolge der Ausschaltung der freien Marktkonkurrenz vor einem unüberwindlichen Hindernis stehe, da sie nicht nachrechnen könne, was ein Produkt kostet. Man schließt auf bürgerlicher Seite daraus, daß eine sozialistische Wirtschaftsordnung allein an diesem Mangel zugrunde gehen müsse und daß schon deswegen der Sozialismus unmöglich sei. Zum erstenmal wird hier von sozialistischer Seite in dieser Schrift eines Marxisten über diese Fragen gesprochen. Mit Klarheit des Aufbaues und Uebersichtlichkeit der Darstellung werden hier alle gegnerischen Einwände entkräftet. Zum erstenmale wird hier mit wissenschaftlicher Gründlichkeit der Nachweis erbracht, daß es durch solidarisches Zusammenarbeiten der gesamten Gesellschaft möglich ist, die Produktionsmethoden immer weiter auszubilden und die feindlichen Formen der kapitalistischen Konkurrenz und des Marktkampfes auszuschalten. Und nun kommt Leichter mit Hilfe des ökonomischen Gedankengebäudes von Marx, zu dem er durch diese Schrift selbst einen wichtigen Baustein steuert, zu der ungemessen wichtigen Feststellung, daß die Recheneinheit der sozialistischen Gesellschaft die Arbeitsstunde sein wird. So ist diese Schrift nicht nur eine wichtige Waffe im Kampfe um die sozialistische Gesellschaftsordnung, da sie den Nachweis erbringt, daß die sozialistische Wirtschaftsordnung ihre Wirtschaftsrechnung mindestens genau so gut wird organisieren können wie der Kapitalismus, sie ist aber darüber hinaus eine sehr interessante Anwendung des marxistischen Lehrgebäudes auf ein Gebiet, das bisher in der sozialistischen Literatur fast gar nicht behandelt worden ist.

Eingelaufene Bücher und Zeitschriften: Otto Koenig: „Die Geschichte der Vergangenheit“, Jakob Wassermann: „Der Geist des Pilgers“, Edmund Dengerl: „Unter Abend“, Richard Kola: „Puppentragedie“, Philipp Langmann: „Der Altgeranus“ und „Ein fremder Mensch“ (sämtliche im Nikola-Verlag, Wien); Oskar Wiener: „Rätsel der Deutschen“ (Verlag Strache, Wamserdorf).

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Pilsen. Samstag, den 8. März, 8 Uhr abends, im Deutschen Haus. Tagesordnung: Berichte, Gründung einer Jugendorganisation, Werbeaktion im Sinne des Parteitagbeschlusses. — Allen Mitgliedern bestimmtes Erscheinen zur Pflicht.

Bezirkskonferenz Grulich. Am Sonntag, den 9. März 1924 findet um 9 Uhr in den Lokalitäten des „Aderbergbüchse“ in Grulich eine Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Werbeaktion laut Parteitagbeschlusse, Mafseier, Anträge und Eventuelles.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II. Wir laden zu folgenden Veranstaltungen ein:
Kunstwanderung am Samstag, den 8. März, Zusammenkunft 3 Uhr nachmittags beim Turm am Karlsplatz (Karlov nam). Besichtigung: das Neustädter Rathaus und Turmes, Stefanskirche und Longinuskapelle unter Führung des Gen. Dr. Armin Klein.

Lichtbildervortrag am Samstag, den 15. März, 7 Uhr abends, in der deutschen Technik, Hörsaal XX, des Oberlehrer Blau aus Reutern über Böhmerwaldlandschaften.

Der Vereinsabend der Mitglieder findet am Samstag, den 8. März nicht statt, doch sind Ausnahmemitglieder anzutreffen.

1. Partie: Fahrt nach Liboch (Schlange Herta-lanum), Sonntag, den 9. März, 7.50 Uhr früh, Zusammenkunft Wilsonbahnhof. Führer: Strnad.

2. Partie: Nachmittags 13 Uhr, Masarykbahn-hof nach Pina. Führer: Planf. 9610

Mitteilungen aus dem Publikum.

VIII. Prager Frühjahrs-Messe

vom 16. bis 23. März 1924.

Legitimationen à Kc 25.- Prag I., Altstädter Rathaus.

Turnen und Sport.

Fußball. Heute: DFC gegen Slavoj Zizkov, Slavoj VIII gegen Union Zizkov, Victoria Zizkov kombiniert gegen Slavia kombiniert (in Zizkov). — Morgen: Guts Muts Dresden gegen Sparta. Freundschaftsspiele: Slavia gegen Victoria Zizkov, Meteor VIII gegen Cechoslovau Kosice, DFC gegen Rusjelly SA, SA. Ubea gegen Sparta Kosice, Cechie Smidow gegen Victoria Vinohrady. — Meisterschaft des D. F. V.: DFC gegen Deutsche Sportbrüder.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solt.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Kalla's Bratheringe

Fischkonserven, Backlinge.

Zu beziehen durch die
Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.